

GESCHÄFTSBERICHT 2012



Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger
VBV-Pensionskasse AG
Obere Donaustraße 49-53, 1020 Wien
Tel: +43 (0)1 / 240 10-0
Fax: +43 (0)1 / 240 10-7261
E-Mail: office@vbv.at
Homepage: www.vbv.at

Firmenbuchnummer:
FN 68567 i, Handelsgericht Wien,
DVR 0641685

Für den Inhalt verantwortlich
Karl Timmel, Mag. Günther Schiendl

Redaktion

Georg Cadek
Cornelia Friedrich, BA
Renate Hahn
Mag. Otto Lauer
Barbara Tröstl
Ing. Mag. Martin A. Vörös, MBA
Mag. Dagmar Wagner

Gestaltung, Satz

Silvia Binder

Bei personenbezogenen Bezeichnungen wurde aus Gründen der besseren Lesbarkeit die männliche Bezeichnung gewählt. Selbstverständlich beziehen sich diese auch auf das weibliche Geschlecht.

Wir haben den Geschäftsbericht mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt und die Daten überprüft. Rundungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden.

Zur besseren Lesbarkeit wurden häufig verwendete Begriffe abgekürzt.

Abkürzungen:

AWB Anwartschaftsberechtigte
EZB Europäische Zentralbank
FMA Finanzmarktaufsicht
LB Leistungsberechtigte
OeKB Oesterreichische Kontrollbank AG
PKG Pensionskassengesetz
VBV VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft
VG Veranlagungsgemeinschaft
VRG Veranlagungs- und Risikogemeinschaft

Druck
Druckerei Bösmüller
Obere Augartenstraße 32, 1020 Wien

Fotos
fotolia.com; iStockphoto (Seite 2+3)
Fotos Mitarbeiter VBV: Clemens Bauer (Seite 7)
Titelbild: Silvia Binder
Bei den abgebildeten Personen handelt es sich um die Mitarbeiter des Veranlagungs-Teams.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstandes	4
Vorwort des Aufsichtsrates	6
Ressortaufteilung	7
Lagebericht	8
Bilanz	32
Gewinn- und Verlustrechnung	34
Anhang	36
Anlagespiegel	42
Bestätigungsvermerk	44
Bericht des Aufsichtsrates	46



VORWORT DES VORSTANDES



Karl Timmel
Vorstandsvorsitzender



Mag. Günther Schiendl
Vorstand

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die VBV-Pensionskasse AG kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten stieg im abgelaufenen Jahr auf rund 275.000 Personen, das veranlagte Vermögen wuchs erstmals in der Geschichte auf über 5 Mrd. Euro. Damit ist die VBV mit Abstand die größte heimische Pensionskasse.

Zu verdanken haben wir diese führende Marktposition den seit vielen Jahren guten Beziehungen zu unseren Kunden. Um diese Partnerschaften zu festigen und weiter auszubauen werden wir den Weg einer offenen Geschäfts- und Informationspolitik auch in den nächsten Jahren konsequent weitergehen. Kostentransparenz und klare Informationen zur Ergebniszuteilung gehören genauso zu unserem Selbstverständnis wie die externe Kontrolle und Veröffentlichung der Veran-

lagungsergebnisse. Die Mitwirkung in Veranlagungsbeiräten und gewählte Vertreter aus dem Kundenkreis im Aufsichtsrat der Gesellschaft unterscheiden uns von anderen Vorsorgeeinrichtungen. Denn als Pensionskasse sind wir allen Anspruchsgruppen verpflichtet, den Mitarbeitern in den beitragsleistenden Unternehmen, den Vertragsparteien der Pensionszusagen – den Arbeitgebern und den Betriebsräten – und besonders den Pensionsbeziehern. Alle diese Gruppen betrachten wir als unsere Partner in einem kollektiv organisierten Betriebspensionsmodell.

Im letzten Jahr wurde vom Aufsichtsrat ein Strategiausschuss ins Leben gerufen, welcher bisher zweimal tagte, und der den Vorstand bei der langfristig strategischen Planung unterstützend begleitet. Erstes Ergebnis dieses Ausschusses war, sich noch stärker auf eine

Verbesserung der Kundenzufriedenheit zu fokussieren. Neben dem Bekenntnis zur Transparenz gehört damit die Optimierung der Kundenzufriedenheit zum erklärten geschäftspolitischen Ziel der VBV.

Ein weiteres Ziel der VBV für 2013 ist, die Vorreiterrolle beim Lebensphasenmodell auszubauen. Gerade in dem zurzeit vorherrschenden Niedrigzinsumfeld ist die Flexibilität bei der Wahl der Veranlagung wichtig. Ein „Einloggen“ in ein Garantieprodukt, zu den niedrigsten Zinsen die es je gab, kann keine vernünftige Alternative zu unserem Lebensphasenmodell sein. Wir sind davon überzeugt, dass Anwartschaftsberechtigte einer betrieblichen Altersvorsorge die Möglichkeit haben müssen das Ertrags- / Risikoverhältnis ihrer Vorsorge

selbst zu bestimmen. Sie müssen aber auch die Chance bekommen, bei geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine andere Veranlagungsform zu wählen. All diese Möglichkeiten bietet das von der VBV entwickelte Lebensphasenmodell. Ein Großteil der Neukunden hat dieses Modell in den letzten Jahren gewählt. Wir werden heuer unsere Anstrengungen verstärken, vermehrt Bestandskunden von den Vorzügen dieses Modells zu überzeugen. Ergänzt um die neue VBV-SicherheitsVRG, einer Garantievvariante für die Pensionsphase, bietet die VBV ein Komplett-Angebot, welches das gesamte Spektrum der Bedürfnisse von Kunden einer betrieblichen Altersvorsorge optimal abdecken kann. Nach unserem Motto: **Jeder Zeit die richtige Lösung!**

Karl Timmel

Mag. Günther Schiendl

VORWORT DES AUF SICHTSRATES



Mag. Markus Posch
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Jahr 2012 war für die überwiegende Mehrzahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten der VBV-Pensionskasse AG ein überaus erfreuliches. Trotz der Turbulenzen auf den Kapitalmärkten und einem extrem niedrigen Zinsniveau – insbesondere für sichere Geldanlagen – konnte die VBV im Schnitt einen Ertrag von über 8% erwirtschaften. In den dynamischen Veranlagungs- und Risikogemeinschaften, in denen die meisten älteren Verträge mit hohen Rechnungszinsen verwaltet werden, lag die Durchschnittsperformance sogar bei 9%. Damit konnten die ambitionierten Ertragsziele der „Hochzinsverträge“ erreicht werden.

Trotz dieser sehr guten Performance ist die VBV aufgerufen weiter an der Kundenzufriedenheit zu arbeiten. Dies kann nur durch eine

offene und ehrliche Kommunikation, durch eine Weiterentwicklung beim Service und einer Optimierung der Informationsabläufe erreicht werden. Als beispielgebend kann hier die Abwicklung des Vorwegsteuermodells im letzten Jahr genannt werden. Auch in vielen anderen Servicebereichen ist die VBV in der Pensionskassen-Branche führend. So werden eine vorbildliche Beratung durch Spezialabteilungen und ein informatives Internet-Kundenportal geboten. Diese führende Position abzusichern und auszubauen wird eine der Aufgaben der VBV in den nächsten Jahren sein.

Von zentraler Bedeutung ist allerdings, in einem wahrscheinlich noch einige Jahre anhaltenden Niedrigzinsumfeld, die notwendigen Renditen zu erwirtschaften. Damit die VBV als institutioneller Anleger auch in Zukunft – so wie im abgelaufenen Jahr – Ertragschancen nutzen kann, hat sie Risiko professionell zu managen. Dafür müssen verantwortungsvolle Investitionsentscheidungen getroffen werden, die sich an den aktiv- und passivseitigen Ertragszielen orientieren und ständig von einem professionellen Risikomanagement begleitet werden.

Den Mitarbeitern der VBV möchte ich an dieser Stelle für die Arbeit im abgelaufenen Jahr danken. Die Umsetzung der Novelle zum Pensionskassengesetz, die Abwicklung des durch den Gesetzgeber im letzten Jahr ermöglichten Vorwegsteuermodells und nicht zuletzt das gute Veranlagungsergebnis konnten nur durch das Engagement und den Einsatz aller Beschäftigten der VBV erreicht werden.

Mag. Markus Posch

RESSORTAUFTEILUNG

(per 1.1.2013)

Vorstandsvorsitzender Karl Timmel seit 1.1.1991	Vorstand Mag. Günther Schiendl seit 1.1.2008
Büro des Vorstandes Thomas Widermann seit 1.9.1990	IT Vivek Tandon seit 1.10.2003
Kundenservice Martin Cerny seit 1.12.1996	Rechnungswesen & Controlling Renate Hahn seit 1.1.1996
Marketing Otto Lauer seit 1.4.1997	Technische Verwaltung Jutta Kurfirst seit 1.10.1996
Pensionservice Barbara Tröstl seit 1.9.2002	Veranlagung Michaela Attermeyer seit 1.8.1992
Personal Dagmar Wagner seit 18.8.2008	Verwaltung Sigrid Hofmann-Krispel seit 1.4.1997
Recht & Beratung Werner Zorbach seit 1.6.1990	
Risikomanagement Georg Cadek seit 2.11.1999	
Vertrieb Rudolf Simader seit 1.12.1996	

Gemeinsame Verantwortung	
Aktuar Rainer Köpplinger seit 1.9.1991	
Compliance	
Datenschutz	
Revision	
Grundsätze der Geschäftspolitik	
Öffentlichkeitsarbeit / Strategische Positionierung	

Das angeführte Datum bezieht sich auf den Eintritt in die Pensionskasse.

LAGEBERICHT

Die Lebenserwartung der Menschen steigt dank dem laufenden Fortschritt in der Medizin und den insgesamt verbesserten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kontinuierlich an. Gleichzeitig bleibt die Zahl der neugeborenen Kinder seit Jahren auf einem niedrigen Niveau bzw. sinkt sogar leicht. Daraus droht eine gefährliche Schieflage für unser gesetzliches Pensionssystem. Derzeit stehen rund 2,5 Erwerbstätige für die Finanzierung eines Pensionisten im Umlagesystem zur Verfügung. Je nach Prognose und Bewertung des Datenmaterials – auch unter ideologischen Gesichtspunkten – kippt dieses Verhältnis in den nächsten Jahrzehnten, bis hin zu einem Szenario, in dem ein Erwerbstätiger einen Pensionisten „erhalten“ muss.

Doch selbst wenn man längerfristige Prognosen weniger beachtet, allein durch die Pensionsreformen sinkt die Höhe der zu erwartenden gesetzlichen Pension laufend bis zum Jahr 2028. Ab 2028 werden vierzig Jahre für die Berechnung der Pensionsbemessung herangezogen. Mitarbeiter, insbesondere jene mit einem positiven Karriereverlauf, müssen davon ausgehen, dass sie nur mehr 50-60% vom Letztgehalt als gesetzliche Pension erhalten. Spätestens nächstes Jahr wird das Pensionskonto der Pensionsversicherungsanstalt vielen Menschen diesbezüglich die Augen öffnen und Mitarbeiter aus Unternehmen mit einer betrieblichen Altersvorsorge werden diese Sozialleistung ihres Arbeitgebers höher bewerten als bisher.

Allerdings gibt es in Österreich große Unterschiede, wer eine ergänzende Pensionsvorsorge hat und wer nicht. Nur jeder vierte Arbeitnehmer kann sich einmal über eine Firmenpension freuen. Hier gibt es deutliche Unterschiede je nach Unternehmensgröße. Während es nach einer WIFO-Studie in beinahe 90% der Großbetriebe eine betriebliche Vorsorge gibt, sinkt diese Quote bei Klein- und mittelständischen Unternehmen auf unter 10%.

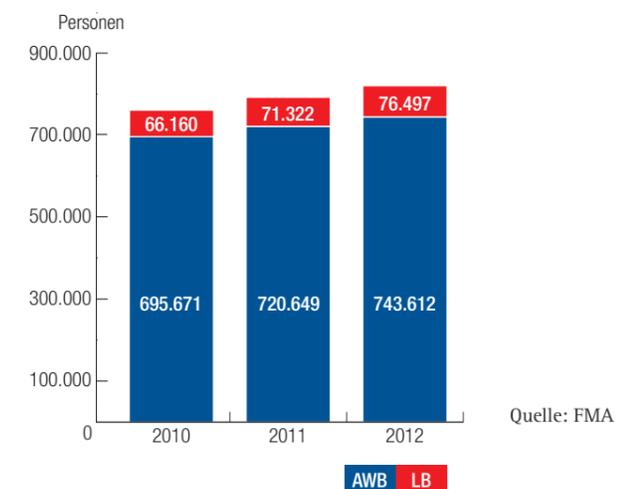
Egal wie man die Prognosen bewertet, eine die gesetzliche Pension ergänzende Vorsorge bleibt ein wichtiges Thema und ist unverzichtbar für eine ausreichende Absicherung des Einkommens in der Pension. Eine stärkere Verbreitung dieser kollektiven Vorsorge muss daher auch ein Anliegen von Politik und Arbeitnehmervertretern sein, um nicht eine „Zweiklassengesellschaft“ von Pensionisten zu produzieren. Es ist davon auszugehen, dass im Bereich der Kollektivverträge, nach dem Vorbild der IT Branche, eine stärkere Öffnung für Betriebspensionen stattfinden wird.

Entwicklung des Pensionskassenmarktes

Der österreichische Pensionskassenmarkt gliedert sich in acht überbetriebliche und neun betriebliche Pensionskassen. Damit ist die Zahl der Anbieter gegenüber dem Vorjahr konstant.

Die Gesamtzahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten ist von rund 790.000 Personen im Vorjahr auf rund 820.000 Berechtigte Ende 2012 angestiegen. Bereits über 76.000 Pensionisten erhalten eine Zusatzpension aus einer Pensionskasse.

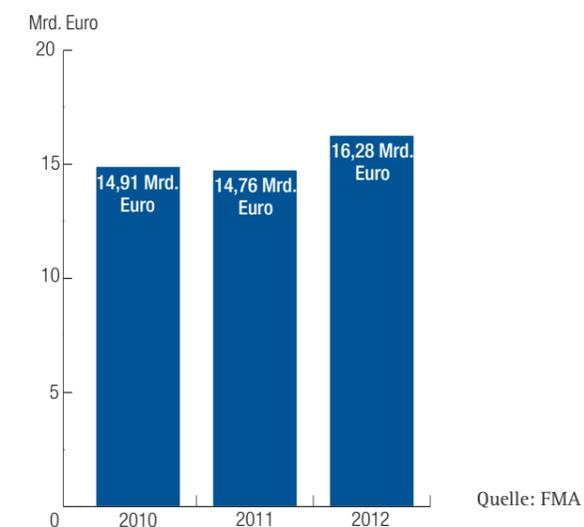
Anzahl AWB und LB aller Pensionskassen



Das erfolgreiche Veranlagungsjahr 2012 hat einen deutlichen Vermögenszuwachs für die Kunden gebracht. Die heimischen Pensionskassen verwalten zu Jahresende ein Vermö-

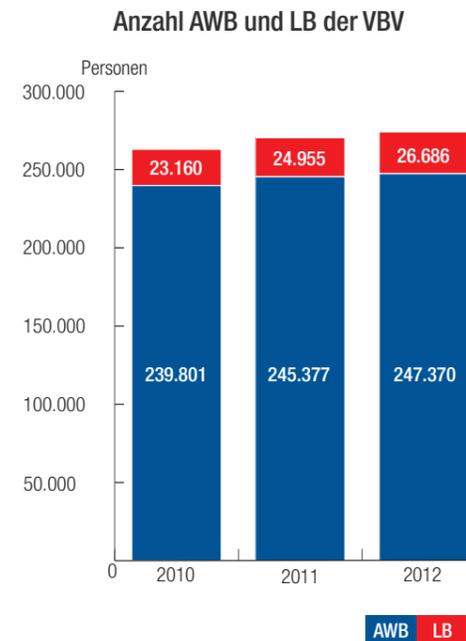
gen von rund 16,28 Mrd. Euro. Im Vergleich zu 2011 mit rund 14,76 Mrd. Euro ist das ein Plus von ca. 1,5 Mrd. Euro für die AWB und LB der österreichischen Pensionskassen.

Verwaltetes Vermögen aller Pensionskassen



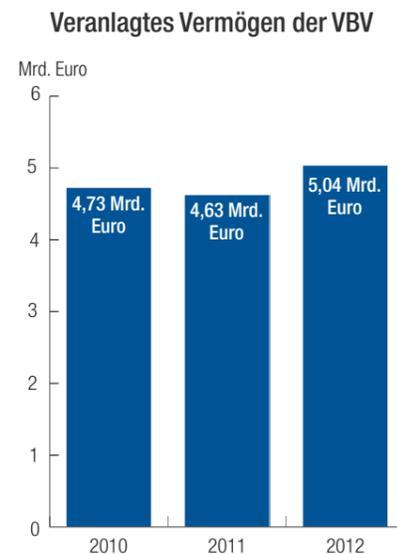
Entwicklung der VBV-Pensionskasse AG

Die Anzahl der AWB erhöhte sich in der VBV von rund 245.380 im Jahr 2011 auf 247.370 im Jahr 2012, die Zahl der LB stieg im gleichen Zeitraum von rund 24.960 auf rund 26.690.



Aufgrund der guten Performance und des zufriedenstellenden Vertriebsergebnisses hat die VBV im Jahr 2012 ihr veranlagtes Vermögen erstmals in ihrer Geschichte auf über 5 Mrd. Euro steigern können. Im Vergleich zu 2011

mit rund 4,63 Mrd. Euro bedeutet der Anstieg auf rund 5,04 Mrd. Euro ein Plus von ca. 8%. Damit ist die VBV die größte heimische Pensionskasse.



Pensionen

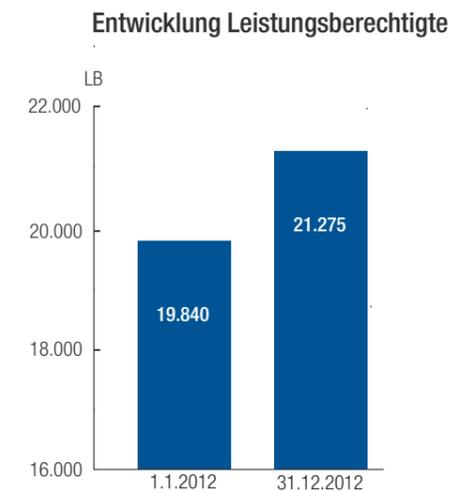
Per Jahresende sind rund 26.690 Personen LB eines VBV-Pensionskassenmodells (inklusive der von Konsortialpartnern ausbezahlten Pensionen). In der VBV werden 21.275 Pensionen abgerechnet.

Im Kalenderjahr 2012 lag der Schwerpunkt der Pensionistenbetreuung beim Thema Vorwegsteuer. Bei der VBV haben insgesamt 1.712 Personen, 1.478 Pensionisten und 234 Anwartschaftsberechtigte, die Möglichkeit des § 48b PKG in Anspruch genommen. Das bedeutet, dass rund 9,4% der Pensionisten der VBV die Vorwegbesteuerung beantragt haben.

In Bezug auf die monatliche Pensionshöhe vor der Vorwegbesteuerung zeigt sich, dass die Möglichkeit zur Vorwegsteuer vor allem von jenen Leistungsbeziehern genutzt wurde, welche eine Zusatzpension von monatlich mehr als 1.000,- Euro beziehen.

Im Jahr 2012 betrug die von der VBV ausbezahlte monatliche Durchschnittspension rund 500,- Euro, welche in der Regel 14 Mal jährlich ausbezahlt wurde. Die ca. 1.800 neuen VBV-Pensionisten des vergangenen Jahres haben mit durchschnittlich 59,5 Jahren ihre Pension angetreten.

Die nachstehende Grafik zeigt die Entwicklung des Pensionistenbestandes der VBV-Pensionskasse (exkl. Konsortialpartner) im Kalenderjahr 2012.



Pensionistenbestand per 1.1.2012	19.840
zuzüglich Neueintritte im KJ 2012	1.791
abzüglich Sterbefälle im KJ 2012	-356
Pensionistenbestand per 31.12.2012	21.275

Veranlagung

2012: Ein überdurchschnittlich gutes Veranlagungsjahr

Das Jahr 2012 war ein überdurchschnittlich gutes Veranlagungsjahr. Es war das beste der letzten vier Jahre. Mit +8,19% Gesamtperformance wurden die guten Ergebnisse von 2009 und 2010 übertroffen.

Wirtschaft, Notenbanken und Finanzmärkte

Nach einem guten Start ins Jahr konnte bereits Ende des ersten Quartals die Hälfte der Jahresperformance erzielt werden. Das zweite Quartal war von Turbulenzen und durch die Wahlen in Griechenland und Frankreich geprägt. Zum Sommer bestand die Gefahr eines Zerbrechens der Eurozone mit unabsehbaren Konsequenzen. Griechenland schien in den Augen so mancher Experten vor dem Ausstieg oder Rauswurf aus der Eurozone zu stehen. Erst das öffentliche Bekenntnis des EZB-Präsidenten Mario Draghi von Anfang Juli, alles zu tun, um den Fortbestand des Euro zu sichern, nahm den Investoren die Angst vor einem Auseinanderbrechen der Eurozone und leitete die Trendwende zum Positiven ein. Anfang September gab die EZB ein neues Maßnahmenbündel bekannt, um die in Bedrängnis geratenen Staaten mittels Sekundärmarkttransaktionen zu unterstützen. Allein die Ankündigung des „Outright Monetary Transactions Programmes“ führte zu einem deutlichen Rückgang der Renditen bei den Staatsanleihen von u.a. Italien und Spanien, ohne dass dieses Programm bislang auch nur von einer Regierung beantragt worden wäre. Die EZB hat sich dadurch eindeutig als „lender of last resort“ deklariert und damit in den Augen der nichteuropäischen Investoren den Kardinalschnitt zur erfolgreichen Bewältigung der Staatsfinanzenkrise gesetzt. Von entscheidender Bedeutung war letzten Endes

auch die Unterstützung Mario Draghis durch die deutsche Bundeskanzlerin, die sich damit gegen die Orthodoxie der Deutschen Bundesbank und für den Pragmatismus der Europäischen Zentralbank entschieden hat. Allmählich kehrten auch die internationalen Investoren, die der Eurozone den Rücken gekehrt hatten, wieder zurück.

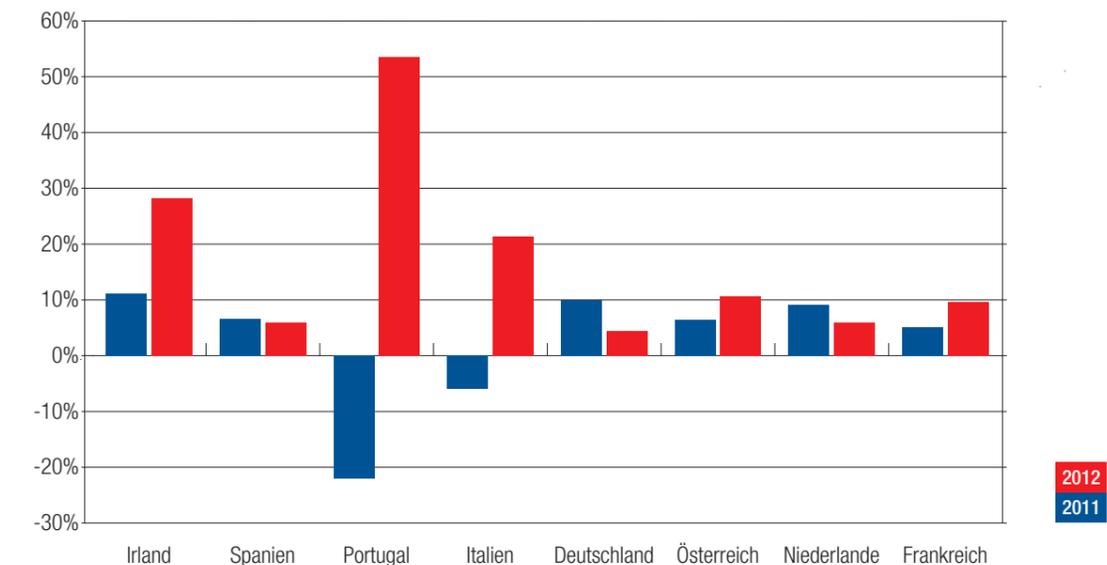
Im vierten Quartal konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die amerikanische Präsidentenwahl, die dortige Staatsschuldenkrise und das sogenannte „fiscal cliff“, von dem die amerikanische Wirtschaft zu fallen drohte. Auf die Wiederwahl Barack Obamas reagierten die Börsen wie erwartet zunächst negativ, setzten dann aber zu einem Jahresendsprint an. Die weltweiten Aktienmärkte konnten daher in den letzten Wochen des Jahres stark zulegen und auch andere risikobehaftete Anlageklassen haben sich in diesem Marktumfeld sehr gut entwickelt. Die VBV hat mit ihrer Anlagestrategie genau darauf gesetzt und konnte im vierten Quartal noch gut 2 Prozentpunkte an Performance zulegen.

Das Jahr 2012 war aber nicht nur ein gutes Aktienjahr, sondern vor allem auch ein überdurchschnittliches Jahr für Anleihen. Die Renditen sanken auf historische Tiefstände, teilweise wurden die Renditen bei kurzen Laufzeiten real, vereinzelt auch nominell negativ. Damit entstand mitten in der europäischen Staatsschuldenkrise eine gänzlich neue Situation: Es gab keine risikolosen Staatsanleihen mehr. Die Mittel konnten auch nicht am Geldmarkt „geparkt“ werden, weil dies unter Umständen schon mehr Kosten verursacht hätte als Zinsen verdient werden hätten können.

Am Jahresende standen bei den Staatsanleihen gerade die „Krisenländer“ wie Portugal, Irland und Italien mit deutlich zweistelliger Gesamtperformance ganz oben auf der Performance-Rangliste, während die sogenannten „Kernländer“, allen voran Deutschland, aber auch Österreich, klar dahinter rangierten. Unternehmensanleihen profitierten im letzten Jahr erneut von der starken Nachfrage der Investoren und konnten daher deutliche Kursgewinne verbuchen. Die beste Wertentwicklung im Anleihensegment konnte mit Euro High Yield Anleihen mit einem Wertzuwachs von über 20% erzielt werden. Im An-

leihenbereich hat die VBV vor allem in Unternehmensanleihen und Pfandbriefe investiert. Der Staatsanleihenbereich war insgesamt untergewichtet, innerhalb der Staatsanleihen wurde auf Zentral- und Osteuropa gesetzt, die sich auch sehr erfreulich entwickelten. Die VBV hat früher als andere wieder Käufe in italienischen oder irischen Staatsanleihen getätigt – und gerade diese haben mit fast 10% Performance nicht unwesentlich zum Gesamterfolg bei mark-to-market Anleihen beigetragen.

Performance europäischer Staatsanleihen



Quelle: Bloomberg

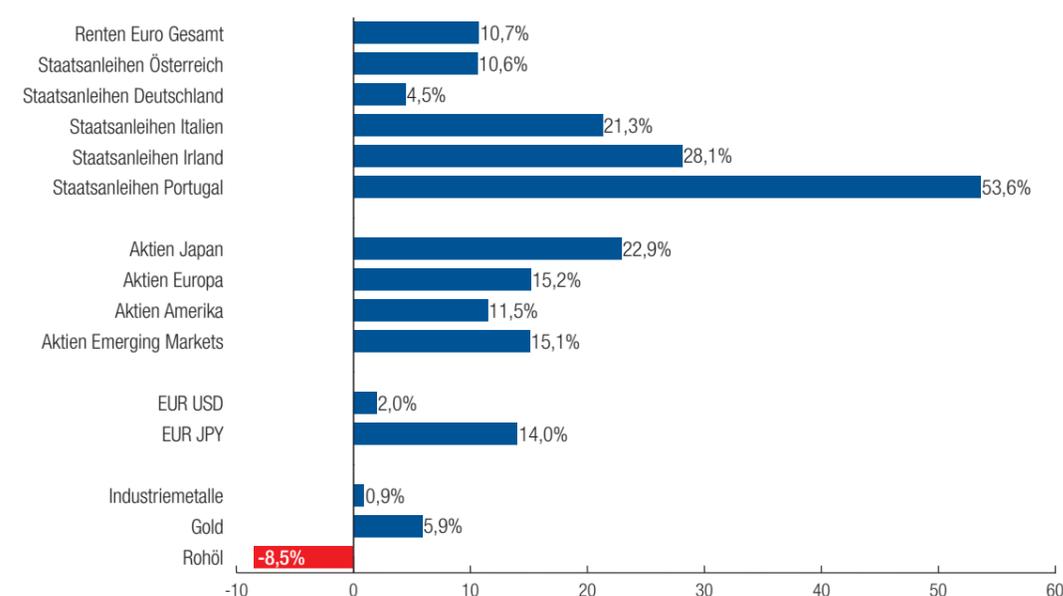
Die Rohstoffmärkte zeigten im vergangenen Jahr hingegen eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Während sich Gold erneut als „Hort der Stabilität“ erwies und der Goldpreis im Jahresverlauf einen Kursanstieg verzeichnete, zeigten die konjunktursensitiven Rohstoffe wie vor allem Erdöl, aber auch die Industriemetalle, eine rückläufige Preisentwicklung. Zurückzuführen war das vor allem auf das

nachlassende globale Wirtschaftswachstum im Zuge der Eurokrise und die sinkende Rohstoffnachfrage aus China.

Die Immobilienveranlagung entwickelte sich planmäßig. Die Investitionen in Alterspflegeheime wurden weiter ausgebaut und stellen einen geschäftspolitisch wie auch finanziell wichtigen Teil der Immobilienstrategie dar.

Entwicklung ausgewählter Anlageklassen 2012 in %

per 28.12.2012 in Lokalwährung



Quelle: Bloomberg

VBV Veranlagung

Die Anlagestrategie der VBV war rückblickend richtig ausgelegt. Die Anlageklassen Aktien und Anleihen waren die tragenden Säulen der erfreulichen Performance. Es ist gelungen, in allen VRGen den Rechnungszins zu übertreffen und mit Performanzenwerten meist zwischen 8% und 10% auch deutlich zu überschreiten. Mit einem Anlageergebnis über alle VRGen von insgesamt 8,19% beendete die VBV das Jahr 2012 mit nur 9 Basispunkten hinter dem Schnitt überbetrieblicher Pensionskassen von 8,28%.

Im Vergleich zu den anderen überbetrieblichen Pensionskassen hält die VBV ein deutlich höheres Ausmaß an held-to-maturity Anleihen. Deren hohe Kursgewinne wurden aufgrund eines anderen Bewertungsprinzips nicht performanzenwirksam und führten damit zu einer vergleichweisen Unterschätzung der Veranlagungsleistung. Wären alle held-to-maturity Anleihen entwidmet und mark-to-market bewertet worden, hätte das eine Gesamtperformance der VBV von 8,8%

ergeben, also einen halben Prozentpunkt vor dem Branchenschnitt. Die VBV hat sich aber entschieden, diese stillen Reserven nicht aufzudecken und als Investition in stetige Anlageerträge auf vergleichsweise hohem Kuponniveau für die Zukunft zu sehen.

Die VBV managt in Summe fast 50 VRGen und konnte 2012 in der gesamten Breite und Tiefe der VRG-Population ein überdurchschnittlich erfolgreiches Veranlagungsergebnis erzielen. Die Performance der VRGen lag in Abhängigkeit von VRG-Typ und Aktienquote zwischen 6,4% bei defensiven und über 10% bei dynamischen VRGen, in vielen ausgewogenen VRGen konnte mit rund 8% Performance ein Spitzenwert erzielt werden.

Gute Performance in Lebensphasen-VRGen

- Die dynamische VRG 152 erzielte 2012 eine Performance von 10,49%. Im Dreijahresvergleich mit der Branche liegt die VRG 152 besser als das vergleichbare dynamische OeKB-Risikoaggregat. Die mit Risiko

verbundenen Chancen wahrzunehmen hat sich für die Berechtigten in dieser VRG also absolut wie auch relativ ausgezahlt.

- Die ausgewogen bis aktive VRG 151 erzielte 2012 eine Performance von 8,49%. Im Dreijahresvergleich liegt die VRG 151 zwischen dem ausgewogenen und dem aktiven OeKB-Risikoaggregat.
- Die konservative VRG 150 erzielte 2012 eine Performance von 6,37%. Bei einem Dreijahresvergleich mit der Branche liegt diese konservative VRG besser als das vergleichbare OeKB-Risikoaggregat.

Gute Performance in VRG 165 (Sicherheitsvariante ohne Garantiekosten)

Die VRG 165, eine VRG mit sehr defensiver Veranlagung aber ohne Garantie, erzielte mit 4,99% einen sehr guten Wert und hat über die letzten 3 Jahre ein besseres Ertrag/Risiko-Verhältnis, als das entsprechende OeKB-Risikoaggregat. Mit knapp 3% jährlicher Performance seit Gründung hat sich diese defensive VRG der VBV als echte Alternative für extrem vorsichtige Leistungsberechtigte empfohlen.

Überdurchschnittliche Performance in Hochzins-VRGen

Die Performance der „alten“ Hochzins-VRGen war 2012 mit fast 9% überdurchschnittlich. Aufgrund der hohen Rechnungszinsen von 5% bis 6,5%, sowie des hohen Anteils an Leistungsberechtigten stellen diese VRGen eine ganz besondere Herausforderung für die Veranlagung der VBV dar. Es ist der an sich unmögliche Spagat zwischen hohem Ertrag und geringem Verlustrisiko zu bewältigen. In drei der letzten vier Jahre war die Performance dieser Hochzins-VRGen besser als der Branchenschnitt.

Ausblick

Der Start ins Jahr 2013 ist gut geglückt und die Aktienmärkte konnten den Schwung aus dem letzten Jahr mitnehmen. Die bestimmten Themen für dieses Jahr sind jedoch ähnlich denen des letzten Jahres. In Europa ist die wirtschaftliche Situation immer noch getrübt und das so dringend benötigte Wirtschaftswachstum lässt noch auf sich warten. Dennoch sind Verbesserungen, speziell bei den südlichen Euroländern, bereits zu erkennen und sollten dazu führen, dass Investoren europäische Vermögenswerte wieder positiver beurteilen.

Betrachtet man die Anlagerenditen vermeintlich „sicherer“ Anlagemöglichkeiten stellt man fest, dass die erzielbaren Renditen nicht einmal mehr die Inflationsraten abdecken. Dies ist das Resultat der aktuellen Niedrigzinspolitik der Notenbanken, welche seit nunmehr über vier Jahren andauert. Ein Ende der Politik der niedrigen Zinsen ist angesichts der andauernden Probleme einiger Mitglieder der Eurozone auch nicht zu erwarten. Die Auswirkungen der konsequenten globalen Niedrigzinspolitik haben deutliche Spuren hinterlassen: Investoren mit absoluten Ertragszielen wie Pensionskassen werden „ins Risiko gezwungen“, eine vermeintlich sichere, risikolose Veranlagung führt angesichts von Rechnungszinsen von 5% bis 6,5% mit Gewissheit zu Leistungskürzungen. Reine Risikovermeidung ist im Niedrigzinsumfeld keine sinnvolle Option. Chancen müssen genutzt und Risiken aktiv gemanagt werden. Aktieninvestments bieten für langfristige Investoren neben Kurssteigerungspotential auch attraktive Dividendenrenditen und sind die Basis für eine ertragreiche Veranlagung.

Ein erfolgreiches Veranlagungs- und Risikomanagement kann durch eine passivseitige Bestandsoptimierung weiter verbessert werden. Das Grundprinzip dabei muss eine stärkere Trennung des Bestandes der AWB vom Bestand der LB sein. Die PKG Novelle 2012 hat die Möglichkeit geschaffen, nach Gruppen differenziert in Veranlagungsgemeinschaften (VG) zu veranlagen, aber den versicherungstechnischen Risikoausgleich über größere Bestände abzurechnen. Das neue VRG/VG-Modell der VBV stellt in Verbin-

dung mit dem klassischen, wie auch den neueren (automatischen) Lebensphasenmodellen einen entscheidenden Schritt vorwärts für alle Berechtigten dar: aktivseitig eine bessere Differenzierung der Veranlagung, verbunden mit neuen oder erweiterten Wahlmöglichkeiten; passivseitig ein breiterer Risikoausgleich für ein stabileres, gleichmäßigeres versicherungstechnisches Ergebnis – die Basis für moderne Vorsorgelösungen einer innovativen Pensionskasse.

Risikomanagement

Risikopolitische Grundsätze

Die VBV-Risikopolitik definiert die Rahmenbedingungen, die dem Risikomanagement zur Einhaltung vorgegeben sind. Im Wesentlichen werden damit die Aufgaben und Ziele des Risikomanagementprozesses definiert. Der Prozess folgt, neben einer Vielzahl weiterer Prozesse die simultan laufen, der strategischen Ausrichtung der VBV. Die VBV unterliegt unter anderem entsprechenden Regelungen des PKG sowie begleitender Verordnungen der FMA. Die Pensionskasse kennzeichnet, wie auch andere kapitalgedeckte Vorsorgeformen, dass sie sich in einem Spannungsfeld befindet, ausgelöst durch die Bestimmungen zur Bilanzierung des Vermögens zu Marktkursen und durch das Geschäft, das grundsätzlich auf einen langen Ansparprozess bis zum Anspruch auf eine Leistung abzielt. Auf dieses Spannungsfeld müssen Veranlagung und Risikomanagement der VBV abgestimmt sein. Weitere Elemente sind die jederzeit ausreichende Bereitstellung liquider Mittel und die Erreichung der Vorgabe der spezifischen Garantie, auf die im Kapitel „Veranlagung der Anwartschaften und Pensionen in der VBV-Pensionskasse AG“ noch näher eingegangen wird.

Strategische Zielsetzung

Kernbereiche jeder betrieblichen Vorsorgeeinrichtung sind die Vermögensveranlagung und das Veranlagungsrisikomanagement. In der VBV wurde schon frühzeitig das Veranlagungsrisikomanagement als eigener Bereich etabliert, und in den letzten Jahren konsequent zu einem umfassenden Risikomanagement für die gesamte Gesellschaft ausgebaut. Die Kernbereiche Veranlagung und Risikomanagement sollen, gemeinsam mit weiteren Bereichen wie dem Aktuariat oder auch der Internen Revision, als wechselseitige Ergänzung zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der vertraglichen Leistungen beitragen.

Merkmale

Risikomanagement ist in der strukturellen Entsprechung eines Asset-Liability-Managements auch personell so gestaltet, also mit Fachwissen aus den Bereichen Veranlagung, Versicherungsmathematik und Finanzmathematik besetzt. Insofern wurden die Anforderungen geltender Vorschriften wie der Risikomanagementverordnung für einen eigenständigen Bereich „Risikomanagement der Veranlagung“ strategisch zu einer gemeinsamen Einheit Risikomanagement ausgebaut, die eine simultane Aktiv-Passiv Sicht gewährleistet.

Prozess

Das Verständnis der VBV über einzelne Risikokategorien, die Festlegung der Risikotragfähigkeit und die Bestimmung von Zielgrößen bilden die Basis für den Risikomanagementprozess. Der Prozess ist in der VBV als Regelkreis festgelegt. Grundsätzlich müssen die einzelnen Risikokategorien im zeitlichen Ablauf sowohl für sich als auch in aggregierter Form betrachtet werden.

Qualitative und quantitative Aspekte müssen gemeinsam betrachtet werden und bestimmen die Risikotragfähigkeit. Die Tragfähigkeit bestimmt letztlich auch die Festlegung der Zielgrößen. Unterschiedliche Tragfähigkeit bedingt auch unterschiedliche Zielgrößen.

Die Schritte wie Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung, Risikodokumentation und Berichtswesen sind wesentliche Elemente des Prozesses. Insbesondere die fristgerechte und regelmäßige Berichterstattung an die definierten Gremien gewährleistet eine entsprechende Grundlage aller Entscheidungen.

Der Prozess ist in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess eingebettet. Dieser ba-

siert auf den bereits umgesetzten Schritten, überwacht die Umsetzung dieser Schritte und überprüft gleichzeitig weitere, noch notwendige Maßnahmen und leitet diese ein.

Für die VBV kann Risiko in folgende Risikokategorien unterteilt werden

Marktrisiko

Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bestehende Vermögenswerte oder Aktiva aufgrund negativer Marktentwicklung (z.B. Aktienkurse, Zinsentwicklung, Währungen) an Wert verlieren und für den Risikoträger ein Verlust entsteht.

Kreditrisiko

Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass dem Kreditgeber (Risikoträger) dadurch ein Verlust entsteht, dass ein Kreditnehmer (z.B. durch Insolvenz) seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefährdung von Kapital bzw. Gewinnen bei einer potenziellen Unfähigkeit, die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen ohne dabei hohe Verluste zu erleiden.

Operationelle und technologische Risiken

Unter operationellen Risiken versteht man die Gefahr von Verlusten als Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von Mitarbeitern, internen Prozessen oder Systemen, oder aufgrund externer Ereignisse.

Risikokonzentration

Unter Risikokonzentration versteht man die Gefahr, die durch die Aggregation von Einzelrisikopositionen wie Garantiegebern, Managern, Sektoren o.ä. entsteht, und dem Risikoträger substantiellen Verlust verursacht.

Die allgemein gebräuchliche und in der VBV verwendete Definition von Risiko, Risikokategorien und weiteren damit im Zusammenhang stehenden Begriffen deckt sich mit den Angaben der Österreichischen Finanzmarktaufsicht und der Österreichischen Nationalbank, auf deren Homepages entsprechende Definitionen ersichtlich sind:

<http://www.fma.gv.at/de/footer/glossar.html>
http://www.oenb.at/de/glossar/glossar_aller.jsp

Im Folgenden werden diese, sofern für die VBV spezifisch, erörtert.

Veranlagung des Finanzvermögens

Per Stichtag 31.12.2012 beträgt das Finanzvermögen der VBV insgesamt rund 167,1 Mio. Euro.

Das Finanzvermögen der VBV ist überwiegend in festverzinsliche und variabel verzinsten Anlagen investiert, der Anteil von Aktien beträgt rund 2,4%.

Zur Erfassung des Bonitätsrisikos wird die Einstufung der Bonität – soweit vorhanden – mit Hilfe externer Agenturen wie Standard & Poors oder Moody's vorgenommen. Der Bestand an Anleihen und Schuldscheindarlehen ist nahezu ausschließlich dem „Investmentgrade“-Bereich zuzuordnen, wobei einzelne Emissionen über keine externe Bewertung einer Rating-Agentur verfügen. Die im Bestand des Finanzvermögens befindlichen Finanzinstrumente sind per Bilanzstichtag im Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip, im Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Aufteilung des Finanzvermögens zum 31.12.2012 nach Assetklassen	PK AG
Aktien Einzeltitel	3.978.614,25
Aktienfonds	0,00
Cashfonds	3.780.300,00
EUR Staatsanleihe	56.722.616,20
EUR Bankanleihe	39.444.865,55
EUR Bankanleihe GGB*	11.367.455,00
EUR Corporates	9.182.702,50
EUR Pfandbrief	6.983.530,00
EUR Ergänzungskapital	6.043.201,10
Darlehen	11.665.000,00
Cash	17.958.453,02
Gesamt	167.126.737,62

Marktrisiko

Das Marktrisiko für den Aktienbereich ist durch die konservative Beimischung dieser Anlageklasse begrenzt, mit einem Exposure durchgerechnet von rund 2,4%. Das Fremdwährungsrisiko entsteht unter anderem durch Investitionen in Titel, die nicht in Euro denominated sind. Im Portfolio sind per Stichtag keine Titel in Fremdwährung investiert. Das Zinsrisiko ist eine Risikokategorie, der die VBV ausgesetzt ist. Diesem Risiko wird

ex ante durch die vorsichtige, diversifizierte Ausrichtung begegnet. Schwankungen im Bereich der Euro-Zinskurve beeinflussen entsprechend den Wert des Finanzvermögens der VBV.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Auswirkungen verschiedener Szenarien auf das Finanzvermögen der VBV:

Aufteilung des Finanzvermögens zum 31.12.2012 nach Assetklassen	FMA Stressszenario 1		FMA Stressszenario 2		BAFIN RA25		VBV Stressszenario	
	Stressrendite	PK AG	Stressrendite	PK AG	Stressrendite	PK AG	Stressrendite	PK AG
Aktien Einzeltitel	-40,00%	2.387.168,55	-20,00%	3.182.891,40	-20,00%	3.182.891,40	-8,00%	3.660.325,11
Aktienfonds	-40,00%	0,00	-20,00%	0,00	-20,00%	0,00	-8,00%	0,00
Cashfonds	0,00%	3.780.300,00	0,00%	3.780.300,00	0,00%	3.780.300,00	0,00%	3.780.300,00
EUR Staatsanleihe	-20,00%	45.378.092,96	-10,00%	51.050.354,58	-5,00%	53.886.485,39	-2,00%	55.588.163,88
EUR Bankanleihe	-20,00%	31.555.892,44	-10,00%	35.500.379,00	-5,00%	37.472.622,27	-2,00%	38.655.968,24
EUR Bankanleihe GGB*	-20,00%	9.093.964,00	-10,00%	10.230.709,50	-5,00%	10.799.082,25	-2,00%	11.140.105,90
EUR Corporates	-20,00%	7.346.162,00	-10,00%	8.264.432,25	-5,00%	8.723.567,38	-2,00%	8.999.048,45
EUR Pfandbrief	-20,00%	5.586.824,00	-10,00%	6.285.177,00	-5,00%	6.634.353,50	-2,00%	6.843.859,40
EUR Ergänzungskapital	-20,00%	4.834.560,88	-10,00%	5.438.880,99	-5,00%	5.741.041,04	-2,00%	5.922.337,08
Darlehen	-5,00%	11.081.750,00	-15,00%	9.915.250,00	-5,00%	11.081.750,00	0,00%	11.665.000,00
Cash	0,00%	17.958.453,02	0,00%	17.958.453,02	0,00%	17.958.453,02	0,00%	17.958.453,02
Gesamt	Gesamt	139.003.167,85	Gesamt	151.606.827,74	Gesamt	159.260.546,25	Gesamt	164.213.561,07

*GGB: government-guaranteed bond

Die dargestellten Beispiele zeigen verschiedene, krisenhafte Marktpreisveränderungen. Die ersten beiden sind Vorgaben für Stressszenarien, die die FMA für Pensionskassen vorgibt, die mit „BAFIN“ titulierte Variante stammt von der deutschen Aufsichtsbehörde. Vor allem das „FMA Stressszenario 1“ stellt dabei eine Extremsituation dar. Für alle Szenarien gilt, dass dabei diversifizierende Korrelationsannahmen nicht in die Kalkulation eingehen.

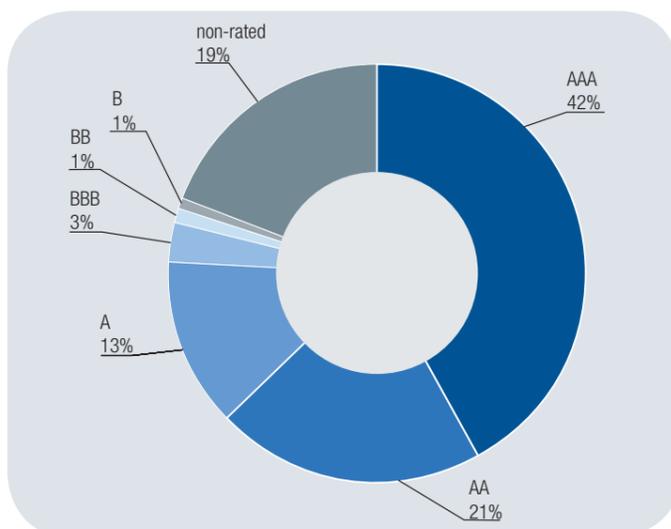
Hinsichtlich der Auswirkungen auf die nationalen, solvenzrechtlichen Eigenmittelvorschriften wird auf ein Spezifikum der Pensionskasse verwiesen. Grundsätzlich gilt für die VBV, dass ein kapitalmarktbedingter Stress, der zu starken Veränderungen der Marktpreise führt, sowohl das Finanzvermögen wie auch die Basis für die solvenzrechtlichen Anforderungen, die Deckungsrückstellung, gleichermaßen beeinflusst.

Für die Pensionskasse gilt dabei als Vorgabe der § 7 (1) PKG, dass zumindest 1% der Deckungsrückstellungen, abzüglich VRGen mit unbeschränkter Nachschusspflicht seitens des Arbeitgebers und ohne Mindestertragsgarantie, als Basis heranzuziehen ist. Die Höhe allfälliger drohender Einschüsse aus dem Titel Mindestertrag gemäß § 2 (2) PKG, die zu dotierende Rücklage gemäß § 7 (3) PKG und die daraus resultierenden Effekte für das Finanzvermögen werden im Kapitel „Veranlagung der Anwartschaften und Pensionen in der VBV-Pensionskasse AG“ erläutert.

Kreditrisiko

Zur Einschätzung der Bonität von Emittenten oder Kontrahenten werden Ratings von anerkannten Quellen herangezogen. Nachfolgende Grafik zeigt die Aufteilung des Bestands an Renten sowie Darlehen nach Ratings. Der Anteil an non-rated Investments in dieser Abbildung entstammt überwiegend Cash sowie einzelner Emissionen, die nicht gerated sind.

Aufteilung Renten und Darlehen nach Rating (31.12.2012)



Liquiditätsrisiko

Die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen ist durch das Halten von liquiden Mitteln in Form von Bargeld sowie durch die jederzeit gegebene Möglichkeit zum Verkauf ausreichender marktgängiger Wertpapiere gewährleistet.

Zusätzlich zeigen nachfolgende Abbildungen die Fälligkeitsstruktur im Bestand, aufgeteilt nach Anlagevermögen und Umlaufvermögen:

Fälligkeitsstruktur Anlagevermögen	PK AG
ohne Fälligkeit	2.295.114,25
bis zu einem Monat	0,00
mehr als einem Monat bis zu zwölf Monate	5.586.052,70
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	77.206.982,15
mehr als fünf Jahre bis zu zehn Jahren	46.698.815,50
mehr als zehn Jahre	9.276.035,00
Gesamt	141.062.999,60

Fälligkeitsstruktur Umlaufvermögen	PK AG
ohne Fälligkeit	23.422.253,02
bis zu einem Monat	0,00
mehr als einem Monat bis zu zwölf Monate	0,00
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0,00
mehr als fünf Jahre bis zu zehn Jahren	2.641.485,00
mehr als zehn Jahre	0,00
Gesamt	26.063.738,02

In der Darstellung sind grundsätzlich die Fälligkeiten angeführt, womit implizit reguläre Marktphasen angenommen sind. Aufgrund temporärer, krisenhafter Umstände kann auch bei grundsätzlich liquide handelbaren Produkten die Handelbarkeit in solchen Phasen nicht jederzeit gewährleistet sein oder wenn, dann nur mit entsprechenden Abschlägen.

Operationelle und technologische Risiken sowie unternehmensweites Risikomanagement

Im operativen Geschäft zählt der Bereich des operationellen Risikos zur wesentlichsten Ri-

sikokategorie. Operationelle Risiken werden durch das Zusammenwirken von Mensch und Organisation, Geschäftsprozessen, Technologie und externen Risiken beeinflusst.

Aus Sicht der VBV sind eine entsprechende Ausbildung und Qualifikation der handelnden Personen sowie die Gewährleistung der Personalentwicklung und Weiterqualifizierung zentral. Weiters sollen entsprechende Vertretungsregelungen den Ausfall von Schlüsselpersonen verkraftbar machen. Regelungen zur Vermeidung von Fahrlässigkeit wie das interne Kontrollsystem oder ein Vier-Augen-Prinzip sind in Kraft.

Die VBV hat durch die implementierte Organisationsstruktur und die damit verbundene Funktionstrennung einen wichtigen Grundstein zur Begrenzung des Risikos geschaffen. Hinsichtlich Kompetenzen, Zeichnungsberechtigungen und Vertretungsregelungen sind klare Verantwortungen definiert. Die Dokumentation wichtiger Arbeitsabläufe in korrespondierenden Regelungen sowie die Kommunikation an alle Beteiligten wurden festgelegt.

Technologische Risiken werden durch entsprechendes Augenmerk auf laufende Systemprüfung und Abnahme von geprüften Systemen sowie ausreichende Dokumentation aller Prozesse erfasst.

Neben einer der Kernaufgaben des Risikomanagements, dem Veranlagungsrisikomanagement, werden alle Kernbereiche der Gesellschaft in einen unternehmensweiten, einheitlichen Risikomanagementprozess integriert und erfasst, mit der Zielsetzung, der Geschäftsführung einen ganzheitlichen Risikobericht als einen Baustein des Management-Informationssystems zu liefern.

Veranlagung des Vermögens der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten

Per Stichtag 31.12.2012 ist das Vermögen der AWB und LB der VBV in 48 VRGen der Pensionskasse investiert. Die VRG stellt ein bilanzrechtliches Sondervermögen dar. Im Folgenden wird die spezifische Situation dargestellt:

Veranlagung der Anwartschaften und Pensionen in der VBV-Pensionskasse AG

Die Veranlagung des Vermögens der VRGen erfolgt im Hinblick auf § 2 PKG unter dem Aspekt der Sicherheit, der Rentabilität, dem Bedarf an flüssigen Mitteln sowie der angemessenen Mischung und Streuung der Vermögenswerte.

Ein pensionskassenspezifisches Risiko der VBV besteht aufgrund der möglichen Zuschussverpflichtung in die VRGen aus dem Titel „Mindestertrag“ gemäß § 2 (2) – (4) PKG.

Zur Bewertung der Höhe der potenziellen Zuschüsse wird der Kapitalverlauf dabei unter Zugrundelegung der für die nächsten Jahre erwarteten Portfoliorendite prognostiziert, die sich auf Basis finanzmathematischer Be-

rechnungsmodelle bestimmt. Dabei werden für die Aktivseite der VRGen unter Zugrundelegung der aktuellen Anlagestrategie regelmäßig die erwartete Portfoliorendite und die erwartete Portfoliovolatilität bestimmt, die erwarteten Zuschüsse werden danach auf Basis einer stochastischen Modellierung ermittelt. Dieser Ansatz wird laufend insbesondere in Bezug auf Gültigkeit der getroffenen Annahmen kontrolliert und adjustiert. In Stressszenarien wird zudem in periodischen Intervallen geprüft, wie die VRGen auf krisenhafte Veränderungen des Kapitalmarktes reagieren.

Die Bildung einer Mindestertragsrücklage ist nur für Verträge mit einer Mindestertragsgarantie verpflichtend. Diese Rücklage wurde per Stichtag 31.12.2012 in der vorgeschriebenen Höhe gemäß § 7 (3) PKG von 3% der zu berücksichtigenden Deckungsrückstellung dotiert.

Das Risiko potenzieller Zuschüsse aus dem Titel „Mindestertrag“ über die nächsten fünf Jahre für die im Mindestertrag verbliebenen Aktiven und Pensionisten erscheint durch die Mindestertragsrücklage ausreichend gedeckt.

Mitarbeiter

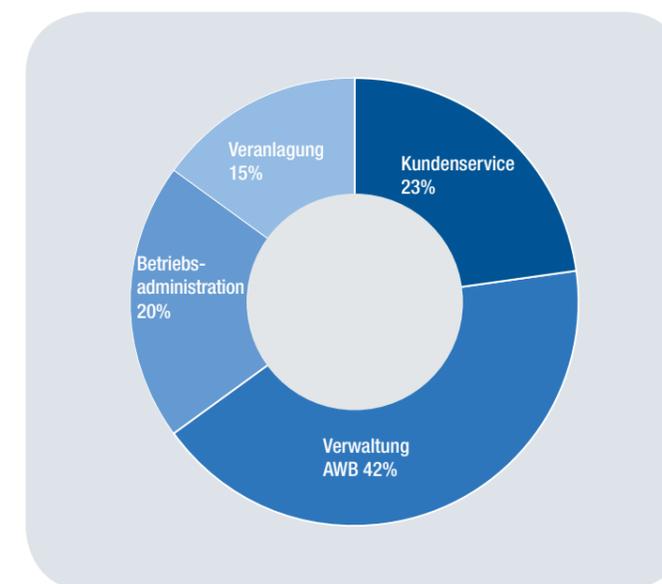
Der Erfolg der VBV basiert auf der Kompetenz und dem Engagement ihrer Mitarbeiter. Gut ausgebildete und erfahrene Mitarbeiter sind eine wichtige Voraussetzung für die Kundenzufriedenheit. Die Fähigkeiten und der Einsatz aller Beschäftigten tragen erheblich dazu bei, dass die VBV die führende Pensionskasse bei der Kundenbetreuung ist.

Eines der zentralen Unternehmensziele ist es, die Kundenzufriedenheit weiter zu erhöhen. Deshalb konzentrierte sich die Personalentwicklung im vergangenen Geschäftsjahr auf die Vorbereitung der Mitarbeiter für die anspruchsvolle Kundenberatung zu den The-

menschwerpunkten Vorwegsteuermodell und PKG-Novelle. Zusätzlich besuchten rund 50% der Mitarbeiter eine ASVG-Schulung um ihre Fachkompetenz zu erweitern. In Summe gab es 275 Weiterbildungstage für die Mitarbeiter der VBV.

In den Bereichen Kundenservice und Verwaltung (AWB) sind insgesamt 65% der Mitarbeiter beschäftigt. 2008 entfielen auf jeden Mitarbeiter in der VBV im Durchschnitt 2.700 AWB und LB zur Betreuung. Bis Ende 2012 ist diese Zahl pro Mitarbeiter auf über 4.500 gestiegen.

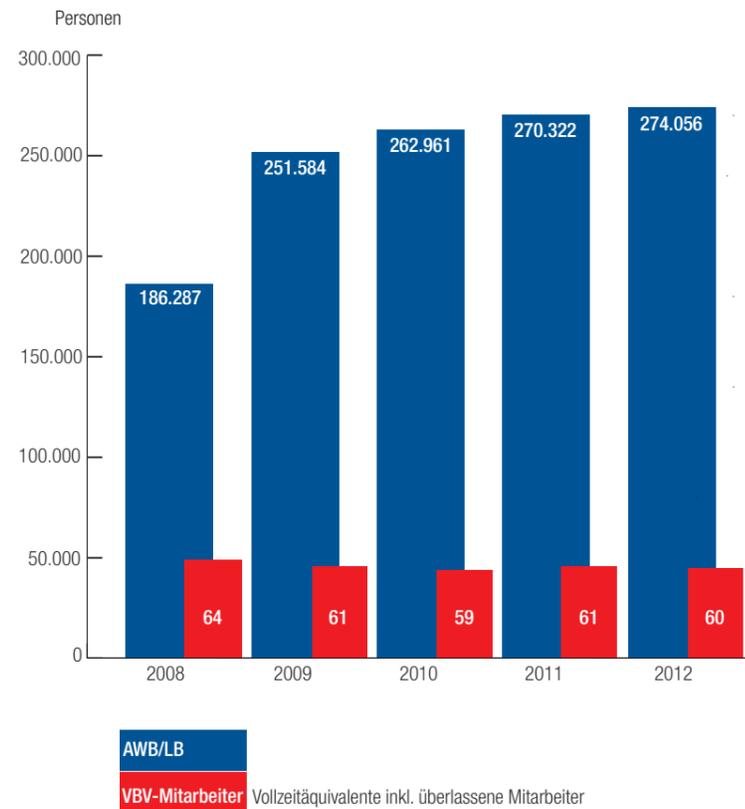
Mitarbeiter nach Unternehmensbereichen



Trotz dieses deutlichen Anstiegs und des konsequenten Ausbaus unserer Serviceleistungen ist der Personalstand seit 2008 nahezu konstant geblieben. Möglich wurde dies durch ei-

ne stetige Verbesserung der Prozesse und der permanenten Weiterentwicklung der Verwaltungssoftware.

Verhältnis AWB und LB zu VBV-Mitarbeiter



Die VBV weist eine Akademikerquote von rund 30% und einen Frauenanteil von 59% aus. Die VBV Mitarbeiter sind im Durchschnitt 39 Jahre alt und seit rund 11 Jahren im Unternehmen beschäftigt.

Die betriebliche Altersvorsorge ist in der VBV ein maßgebliches Element der Vergütungspolitik. Neben dem vereinbarten Arbeitgeberbeitrag erhalten jene Mitarbeiter, die einen Eigenbeitrag maximal bis zur Höhe dieses Arbeitgeberbeitrages in die Pensionskasse leisten, einen zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag in der gleichen Höhe, jedoch höchstens 1.000,- Euro p.a., in das Lebensphasenmodell einbezahlt. Mehr als 50% der Mitarbeiter haben dieses Angebot angenommen und dadurch für ihre Altersvorsorge Verantwortung übernommen.

Die Gesundheit der Mitarbeiter zu erhalten und zu fördern gehört ebenfalls zum Selbstverständnis der VBV als verantwortungsbewusster Arbeitgeber. Die VBV bietet den Mitarbeitern unterschiedliche gesundheitsfördernde Leistungen an. So wird in der VBV jährlich eine Vorsorgeuntersuchung angeboten, Impfaktionen organisiert und eine medizinische Betreuung steht im Unternehmen zur Verfügung. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch geförderte interne Sportmöglichkeiten bis hin zu einem Obstkorb. Die VBV leistet damit auch einen wichtigen Beitrag, um die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter langfristig zu erhalten.

Umwelt

Die VBV nutzt ein Gebäude der WIENER STÄDTISCHE VERSICHERUNG AG Vienna Insurance Group. Beim Einkauf der Arbeitsmittel wird auf ein gutes Preis-Leistungsverhältnis, aber auch auf eine gute Umweltverträglichkeit geachtet. Bei der im letzten Jahr durchgeführten EDV-Umstellung auf Windows 7 und Office 2010 wurden die Hardware Systeme in Bezug auf Energieeffizienz und Performance evaluiert. Bei der Neustrukturierung wurde besonderer Wert auf einen niedrigeren Energieverbrauch gelegt, der durch eine effiziente, zentrale Serverstruktur erreicht wurde. Der neue zentrale Server ermöglichte die Implementierung von Thin-Clients, die nun alle klassischen PCs im Unternehmen ersetzen. Diese Geräte verbrauchen sehr wenig Strom und produzieren im Gegensatz zu den alten PCs fast keine Wärme, wodurch auch bei den Klimaanlage eine Energieersparnis erreicht wurde. Die alten Geräte wurden ordnungsgemäß entsorgt und einem auf Recycling spezialisierten Unternehmen übergeben.

Das Dokumentenmanagementsystem wurde weiter ausgebaut und ist nun in den meisten Abteilungen umgesetzt. Neben der Automatisierung von Geschäftsprozessen wurde der Papierverbrauch für das Ablagesystem deutlich reduziert. Auch der weitere Ausbau der Internetplattform www.vbv.at dient zur Reduktion des Papierbedarfs. Im Online-Kundenportal können Dokumente seitens der Kunden hochgeladen und der VBV digital übersendet werden. Auch Dokumente der VBV können über dieses Postfachsystem papierlos und elektronisch den AWB und LB zugestellt werden. Die Serviceabteilungen sind angewiesen, zuerst die Onlinezustellung anzubieten. Diese Vorgangsweise wird von Kundenseite sehr positiv angenommen, weil damit auch der Postweg entfällt und die gewünschten Unterlagen sofort verfügbar sind.

Eckdaten der Gesellschaft

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag 5.261 Mio. Euro.

Innerhalb der VRG stellt sich die Struktur zum Berichtsstichtag folgendermaßen dar:

	2012	2011
Verträge	4.958	4.898
Anwartschaftsberechtigte	247.370	245.377
Leistungsberechtigte	26.686	24.955
Beiträge (in Mio. €)	286	257
davon laufende Beiträge (in Mio. €)	211	211
davon Einmalbeträge (in Mio. €)	41	41
davon Übertragungen (in Mio. €)	34	5
Auszahlungen (in Mio. €)	315	176
davon laufende Pensionen (in Mio. €)	158	149
davon Abfindungen und Übertragungen (in Mio. €)	157	27
Deckungsrückstellung (in Mio. €)	4.924	4.689
Schwankungsrückstellung (in Mio. €)	122	16
Veranlagtes Vermögen (in Mio. €)	5.038	4.625
Anzahl Veranlagungs- und Risikogemeinschaften	48	49
Veranlagungsergebnis (ermittelt nach der OeKB-Methode)	+8,19%	-4,32%

Der Marktanteil der Gesellschaft entwickelte sich in allen Kernbereichen zufriedenstellend, wodurch die Marktführerschaft gefestigt werden konnte.

Geldflussrechnung in tausend Euro

	2012	2011
Finanzmittel am Beginn der Periode	17.480	15.603
Nettogeldfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+10.848	+11.047
Nettogeldfluss aus Investitionstätigkeit	-10.370	-9.170
Nettogeldfluss aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	17.958	17.480

Eigenmittelausstattung gem. § 7 PKG in Euro

	2012	2011
1. Grundkapital	30.000.000,00	30.000.000,00
2. Kapitalrücklage	0,00	0,00
3. Gewinnrücklage	24.000.000,00	20.500.000,00
4. Mindestertragsrücklage	23.960.330,10	23.022.666,38
5. Bilanzergebnis	455.617,86	118.631,24
6. Ergänzungskapital	0,00	0,00
Summe Eigenmittel	78.415.947,96	73.641.297,62

Geschäftsergebnis

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 spiegelt die positive Kapitalmarktentwicklung und deren direkte und indirekte Auswirkungen sehr gut wider. Die realisierten Erträge konnten gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden und damit die Erwartungen erfüllen. Die Entwicklung der Aufwendungen konnte durch effektives Kostenmanagement gering gehalten werden wodurch das Betriebsergebnis deutlich gesteigert wurde. Das Finanzergebnis fiel der Kapitalmarktentwicklung entsprechend positiv aus und konnte die Erwartungen erfüllen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) beträgt daher im Berichtsjahr basierend auf obige Erläuterungen EUR 6.548.022,44.

Nach Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses, welches durch eine geringe Auflösung der aus der Mindesttragsrücklage gebildeten Rückstellung positiv ausgefallen ist und der Körperschaftsteuer ergibt sich ein Jahresüberschuss von EUR 4.774.650,34. Durch die Veränderung der Rücklagen entstand ein Jahresergebnis von EUR 336.986,62 welches mit dem Gewinnvortrag von EUR 118.631,24 verrechnet wurde und zu einem Bilanzgewinn von EUR 455.617,86 führt.

Die Rücklagenbewegungen beinhalten die gesetzlich notwendige Dotation der Mindesttragsrücklage (§ 7 (3) PKG) und die Rückführung der aus der Mindesttragsrücklage gebildeten Rückstellung in der Höhe von EUR 937.663,72. Darüber hinaus wurde der Gewinnrücklage ein Betrag in der Höhe von EUR 3.500.000,00 zugeführt.

Die Zuschussleistung gemäß § 2 (2) PKG beträgt im Berichtszeitraum EUR 889.873,78 und wurde aus der vorhandenen Rückstellung geleistet.

Nach dem Ende des Geschäftsjahres 2012 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Vorschlag für die Gewinnverwendung

Das unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages in der Höhe von EUR 118.631,24 ermittelte Bilanzergebnis in der Höhe von EUR 455.617,86 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist Mitglied des Fachverbandes der Pensionskassen Österreichs. Des Weiteren ist die VBV Mitglied der AVÖ (Aktuarvereinigung Österreichs), des EVVÖD (Europäischer Verband der Versorgungseinrichtungen des Öffentlichen Dienstes) und der ABA (Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorge e.V.). Darüber hinaus ist die Gesellschaft Kooperationspartner des Österreichischen Sparkassenverbandes. Die Gesellschaft ist außerdem Mitglied der deutschen und der französischen Handelsorganisation in Österreich sowie der Industriellenvereinigung Österreich.

Der alleinige Standort und Sitz der Gesellschaft ist 1020 Wien, Obere Donaustraße 49-53, Zweigniederlassungen existieren nicht. Forschung und Entwicklung wird von der Gesellschaft nicht betrieben.

Strategische Ziele – Ausblick 2013

Der Schwerpunkt im heurigen Jahr liegt in einem Maßnahmenbündel, das die Kundenzufriedenheit steigern soll. Der konsequenten Optimierung der Abläufe im Kundenservice und im Qualitätsmanagement wird in der VBV daher ein besonders hoher Stellenwert eingeräumt. Damit wird eine klare Positionierung der VBV gegenüber den Mitbewerbern und der betrieblichen Kollektivversicherung sichergestellt.

Kundenservice

Wie bereits 2007 wird heuer eine breit angelegte Meinungsumfrage durchgeführt, um die Einstellung der Arbeitgeber, Betriebsräte, AWB und LB zur VBV zu evaluieren. Die Ergebnisse werden nach einer genauen Analyse als Grundlage für eine weitere Optimierung beim Service herangezogen. Die schon seit einigen Jahren erfolgreich eingeschlagene Strategie von Experten-Abteilungen zur Betreuung spezieller Kundengruppen wird beibehalten und ausgebaut. Die Gliederung unserer Kunden nach Zielgruppen hat sich bestens bewährt. Ergänzend wird heuer eine Ombudsstelle für LB ins Leben gerufen. Damit soll das Service für Personen, die nicht mehr vom Betriebsrat vertreten werden, verbessert und dem ständig steigenden Beratungsbedarf Rechnung getragen werden. Als Ombudsmann wird eine unabhängige Person mit gutem Know-how fungieren.

Qualitätsmanagement und Optimierung technischer Systeme

Die Weiterentwicklung der Homepage mit dem Kundenportal und die ständige Verbesserung der internen EDV-Systeme ist ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil der VBV. 2012 sind einige Projekte erfolgreich abgeschlossen worden. So wurde die Homepage der VBV neu überarbeitet und ein Kundenportal implementiert, welches ein umfangreiches Service bietet. Neben dem Reporting der Veranlagungsergebnisse sind

jetzt auch die „Information über die Beitrags- und Kapitalentwicklung“, Finanzamtsbestätigungen, Online-Rechner und individuelle Informationen abrufbar. Die VBV hat beim Online Service im Branchenvergleich eine Spitzenposition und wird diese in den nächsten Jahren ausbauen.

Eine neue Software für das Asset Management wurde mit Jahresanfang in Betrieb genommen, wodurch die internen Systeme harmonisiert wurden. Diese Qualitätsverbesserung wird zu einer weiteren Effizienzsteigerung bei den internen Abläufen führen. Das Update der bestehenden Verwaltungssoftware wird im heurigen Jahr finalisiert und das die gesamte VBV umfassende Dokumentenmanagementsystem weiter ausgebaut. Qualitätsmanagement und der Ausbau technischer Systeme bleiben im Unternehmensfokus, weil nur so der hohe Qualitätsanspruch der VBV abgesichert werden kann.

Investieren mit Verantwortung

Verantwortung ist Bestandteil der strategischen Ausrichtung des Unternehmens und wird durch folgende Schwerpunkte umgesetzt:

1. Die VBV investiert in den Bereichen Aktien und Unternehmensanleihen mit einem stärker gewichteten Europa- und Österreichbezug. Die direkte Finanzierung von mittelständischen europäischen und insbesondere heimischen Unternehmen ist Bestandteil der Veranlagungsstrategie.
2. Das klassische Thema Nachhaltigkeit bleibt ein wichtiger Aspekt der Strategie. Die VBV setzt bei der Veranlagung Fonds ein, die als „SRI-Aktienfonds“ gemanagt werden. Es werden regelmäßig Nachhaltigkeits-Screenings des gesamten Aktienbestandes von unabhängigen Spezialisten hinsichtlich der

Einhaltung der „UN Global Compact Principles“ der Vereinten Nationen durchgeführt.

3. Beim Immobilieninvestment werden nachhaltige Projekte, wie zum Beispiel Pflegeheime, bzw. Projekte mit einem Bezug zu Umweltschutz stärker gewichtet.

Für die VBV gehört die klare Positionierung des Themas „Verantwortung“ im Veranlagungsprozess unmittelbar zur strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Investieren mit Verantwortung unterscheidet sich auch klar von Spekulation. Das Anlegen von Pensionskapital erfolgt nach klaren gesetzlichen und internen Richtlinien sowie den Vorgaben aus dem Risikomanagement gemäß den vertraglichen und passivseitigen Ertragszielen.

Umsetzung PKG-Novelle

Die Umsetzung der 2013 in Kraft getretenen Novelle des Pensionskassengesetzes ist ebenso einer der Schwerpunkte des heurigen Geschäftsjahres. Die VBV hat bereits im letzten Jahr die notwendigen Vorbereitungen für die interne Umsetzung eingeleitet und weitgehend abgeschlossen. Im Sinne einer offenen und serviceorientierten Kommunikationspolitik wird das Hauptaugenmerk der VBV heuer in einer umfassenden Information über die neuen Möglichkeiten liegen, die sich durch die Gesetzesnovelle für die Kunden der VBV ergeben.

Sicherheits-VRG (mit garantierter Pensionserhöhung)

Die VBV bietet ab 2013 ein Garantierprodukt an. Bei dieser VBV-Sicherheits-VRG sind ab Pensionstritt die Anfangspension sowie Pensionserhöhungen garantiert. Damit wird den Kunden der VBV eine Sicherheitsvariante geboten, die sich an anderen Garantierprodukten im Finanzdienstleistungsbereich orientiert. Die

VBV wird über diese neue Alternative, welche in erster Linie für die Pensionsphase interessant ist, objektiv informieren und den Kunden die Vor- und Nachteile von Garantierprodukten übersichtlich darstellen.

Information über Wechselmöglichkeiten

In diesem Zusammenhang wird die VBV auch die gesetzlichen Wechselmöglichkeiten für AWB ab Vollendung des 55. Lebensjahres und für LB kommunizieren. Über die neuen Wechselmöglichkeiten wird in den diversen Aussendungen der VBV sowie in der Information über die Beitrags- und Kapitalentwicklung informiert. Für LB bietet die VBV ergänzend einen Internetvergleichskalkulator im Kundenportal der Website an.

Ausbau des VBV-Lebensphasenmodells

Die VBV hat das Lebensphasenmodell 2004 entwickelt und am österreichischen Pensionskassenmarkt erfolgreich etabliert. Diese Innovation wurde mit einem internationalen IPE-Award ausgezeichnet. Durch die PKG-Novelle wurden die Möglichkeiten beim Angebot von Lebensphasenmodellen wesentlich erweitert. Der überwiegende Teil der Neukunden hat seit der Markteinführung dieses Modell gewählt. Über 100.000 AWB können daher bereits zwischen unterschiedlichen Strategien bei der Veranlagung in einem VBV-Lebensphasenmodell wählen. Die VBV wird zukünftig das Lebensphasenmodell verstärkt Bestandskunden anbieten. Nur das VBV-Lebensphasenmodell bietet den AWB die Möglichkeit einer sukzessiven Risikooptimierung ohne dabei mit hohen Garantiekosten belastet zu sein. Der Wechsel in ein Garantierprodukt sollte in einem Lebensphasenmodell ergänzend jenen Berechtigten offen stehen, die ein besonderes Sicherheitsbedürfnis haben und dafür bereit sind, entsprechende Abschläge bei der (Anfangs-) Pensionshöhe in Kauf zu nehmen.

Danksagung

Der Vorstand möchte sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der VBV herzlich für das gezeigte Engagement im abgelaufenen Jahr bedanken. Die Vorbereitungen zur Umsetzung der PKG-Novelle, das Vorwegsteuermodell und die laufenden Projekte haben allen Beschäftigten viel Einsatz abverlangt. Die VBV ist aber dank dieser hervorragenden Arbeit gut gerüstet für zukünftige Herausforderungen.



Karl Timmel



Mag. Günther Schiendl

Wien am 6. Mai 2013

BILANZ

VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien, Bilanz zum 31.12.2012

AKTIVA

	EUR	EUR	EUR	2011 TEUR
A. Anlagevermögen			142.369.766,00	131.761
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.916.015,00		1.734
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	1.916.015,00			1.711
2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	0,00			0
3. Anzahlungen	0,00			23
II. Sachanlagen		378.484,10		383
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	356.284,10			383
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22.200,00			0
III. Finanzanlagen		140.075.266,90		129.644
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00			0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00			0
3. Beteiligungen	0,00			0
4. Sonstige Darlehen und Kredite	11.665.000,00			5.165
5. Schuldverschreibungen	126.115.152,65			119.614
6. Aktien	2.295.114,25			4.865
7. Immobilien	0,00			0
8. Investmentfonds	0,00			0
9. Sonstige Finanzanlagen	0,00			0
B. Umlaufvermögen			35.216.883,20	36.759
I. Forderungen		8.165.412,48		9.134
1. Forderungen aus der Vergütung der Veranlagung für LB	0,00			0
2. Sonstige Forderungen	8.165.412,48			9.134
II. Wertpapiere und Anteile		9.093.017,70		10.145
1. Schuldverschreibungen	3.629.217,70			2.309
2. Aktien	1.683.500,00			0
3. Investmentfonds	3.780.300,00			7.836
4. sonstige Wertpapiere und Anteile	0,00			0
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		17.958.453,02		17.480
C. Rechnungsabgrenzungsposten			491.996,13	542
Summe der Positionen A bis C: Aktiva der AG			178.078.645,33	169.062
D. Aktiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaft				
I. Veranlagtes Vermögen		5.038.106.478,61		4.625.445
1. Guthaben bei Kreditinstituten	590.353.722,78			716.535
2. Darlehen und Kredite	99.126.362,03			79.479
3. Schuldverschreibungen	2.260.387.513,50			967.617
4. Aktien und sonstige Beteiligungswertpapiere	1.570.795.712,82			2.375.157
5. Immobilien	256.311.224,21			267.124
6. Sonstige Vermögenswerte	261.131.943,27			219.533
II. Forderungen		22.093.990,79		62.896
III. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		22.428.209,12		28.613
IV. Sonstige Aktiva		0,00		0
Summe der Position D: Aktiva der VRG			5.082.628.678,52	4.716.954
Bilanzsumme			5.260.707.323,85	4.886.016

PASSIVA

	EUR	EUR	EUR	2011 TEUR
A. Eigenkapital			78.415.947,96	73.642
I. Grundkapital		30.000.000,00		30.000
II. Kapitalrücklagen		0,00		0
III. Gewinnrücklagen		24.000.000,00		20.500
1. gesetzliche Rücklage	3.000.000,00			3.000
2. satzungsmäßige Rücklagen	4.500.000,00			4.500
3. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	16.500.000,00			13.000
IV. Mindesttragsrücklage		23.960.330,10		23.023
V. Bilanzgewinn		455.617,86		119
davon Gewinnvortrag: EUR 118.631,24 (31.12.2011: TEUR 197)				
B. Unversteuerte Rücklagen			0,00	0
C. Ergänzungskapital			0,00	0
D. Rückstellungen			83.781.192,00	77.483
I. Verwaltungskostenrückstellung		76.236.878,00		70.078
II. Garantierückstellung		0,00		0
III. Andere Rückstellungen		7.544.314,00		7.405
E. Verbindlichkeiten			15.881.505,37	17.919
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3.865,00		3
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		337.634,78		919
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		966.956,20		143
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		71.259,98		73
5. sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 2.239.646,77 (31.12.2011: TEUR 2.307) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 115.466,53 (31.12.2011: TEUR 98)		14.501.789,41		16.781
F. Rechnungsabgrenzungsposten			0,00	18
Summe der Positionen A bis F: Passiva der AG			178.078.645,33	169.062
G. Passiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften				
I. Deckungsrückstellung		4.923.964.495,90		4.688.978
1. Deckungsrückstellung mit Mindesttragsgarantie		880.646.646,92		767.622
a. Leistungsorientiert - mit Mindesttragsgarantie des Arbeitgebers		0,00		
b. Leistungsorientiert - mit Mindesttragsgarantie der Pensionskasse		32.588.517,79		
c. Sonstige - mit Mindesttragsgarantie des Arbeitgebers		0,00		
d. Sonstige - mit Mindesttragsgarantie der Pensionskasse		848.058.129,13		
2. Deckungsrückstellung ohne Mindesttragsgarantie		4.043.317.848,98		3.921.356
a. Leistungsorientiert - ohne Mindesttragsgarantie		882.673.005,55		
b. Sonstige - ohne Mindesttragsgarantie		3.160.644.843,43		
3. Deckungsrückstellung der Sicherheits-VRG		0,00		0
a. Anwartschaftsberechtigte		0,00		
b. Leistungsberechtigte		0,00		
II. Schwankungsrückstellung		121.928.285,02		16.171
III. Verbindlichkeiten		27.242.710,23		4.802
IV. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		4.812.532,93		2.279
V. Sonstige Passiva		4.680.654,44		4.724
Summe der Position G: Passiva der VRG			5.082.628.678,52	4.716.954
Bilanzsumme			5.260.707.323,85	4.886.016

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Jänner 2012 bis 31. Dezember 2012

	EUR	EUR	2011 TEUR
I. Ergebnis der Veranlagungs- und Risikogemeinschaft			
1. Veranlagungsergebnis	379.567.898,99		-195.364
2. Beiträge	285.927.666,07		259.679
3. Leistungen	-314.641.978,80		-176.343
4. Veränderung der Deckungsrückstellung	-234.986.242,05		-46.432
5. Veränderung der Schwankungsrückstellung	-105.089.662,24		132.416
6. Sonstige Aufwendungen und Erträge	-10.777.681,97		26.044
7. Verbleibendes Ergebnis		0,00	0
II. Erträge und Aufwendungen der Pensionskasse			
1. Vergütung zur Deckung der Betriebsaufwendungen	20.057.613,42		18.791
2. Betriebsaufwendungen	-12.428.438,89		-12.387
a) Personalaufwand	-5.845.415,39		-5.694
aa. Löhne & Gehälter	-4.237.730,59		-4.215
ab. Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-215.973,19		-161
ac. Aufwendungen für Altersvorsorge	-339.077,21		-268
ad. Aufwendungen für Sozialabgaben vom Entgelt abhängige Abgaben, Pflichtbeiträge	-947.740,96		-944
ae. sonstige Sozialaufwendungen	-104.893,44		-106
b) Abschreibungen auf das Anlagevermögen	-720.988,72		-498
c) sonstige Betriebs-, Verwaltungs- und Vertriebsaufwendungen	-5.862.034,78		-6.195
3. Veränderung der geschäftsplanmäßigen Verwaltungskostenrückstellung	-6.171.898,41		-5.591
ordentliches Betriebsergebnis		1.457.276,12	813
4. Finanzerträge	6.405.311,95		6.336
a) aus Beteiligungen	0,00		0
b) aus Finanzanlagen und Zinsenerträge	5.395.920,80		5.783
c) aus dem Abgang von Finanzanlagen	110.149,00		522
d) aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	899.242,15		31
e) aus Immobilien	0,00		0

	EUR	EUR	2011 TEUR
5. Finanzaufwendungen	-1.699.051,95		-5.190
a) aus Beteiligungen	0,00		0
b) aus Finanzanlagen und Zinsaufwendungen	-596.062,95		-596
c) aus dem Abgang von Finanzanlagen	-276.330,00		-1.001
d) aus Abschreibungen von Finanzanlagen	-826.659,00		-3.593
e) aus Immobilien	0,00		0
Finanzergebnis		4.706.260,00	1.146
6. Sonstige Erträge und Aufwendungen	384.486,32		125
a) sonstige Erträge	409.832,87		292
b) sonstige Aufwendungen	-25.346,55		-167
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.548.022,44		2.084
8. Außerordentliches Ergebnis	15.009,08		-3.034
a) außerordentliche Erträge	15.009,08		0
b) außerordentliche Aufwendungen	0,00		-3.034
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.788.381,18		2
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.774.650,34		-948
11. Veränderung von Rücklagen	-4.437.663,72		870
a) Zuweisungen von Rücklagen	-4.437.663,72		-2.164
aa. zu un versteuerten Rücklagen	0,00		0
ab. zur Gewinnrücklage	-3.500.000,00		-1.000
ac. zur Mindestertragsrücklage	-937.663,72		-1.164
b) Auflösungen von Rücklagen	0,00		3.034
ba. von un versteuerten Rücklagen	0,00		0
bb. von Gewinnrücklagen	0,00		0
bc. der Mindestertragsrücklage	0,00		3.034
bd. von Kapitalrücklagen	0,00		0
12. Jahresgewinn/Jahresverlust	336.986,62		-78
13. Gewinnvortrag	118.631,24		197
14. Gewinn-/Verlustübernahme	0,00		0
15. Bilanzgewinn		455.617,86	119

ANHANG

Anhang zum Jahresabschluss der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien für das Geschäftsjahr vom 1.1.2012 bis zum 31.12.2012

I. ALLGEMEINES

Der Jahresabschluss der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Es handelt sich im Sinne des § 221 (2) UGB um eine mittelgroße Aktiengesellschaft. Als Umsatzerlöse wurden die Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen um die Veränderungen der geschäftsplanmäßigen Verwaltungskostenrückstellung gekürzt angesetzt.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Positionen des Jahresabschlusses wurden nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches und des Pensionskassengesetzes vorgenommen.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

1. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige bzw. außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Den planmäßigen Abschreibungen werden Abschreibungssätze zwischen 20% und 33,3% zugrundegelegt.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten abzüglich der bisher aufgeführten Abschreibungen bewertet.

Zur Ermittlung der Abschreibungssätze wird die lineare Abschreibungsmethode gewählt. Die Abschreibungssätze für das Sachanlagevermögen betragen zwischen 5% und 25%.

Vermögensgegenstände mit Einzelanschaffungskosten von weniger als EUR 400,00 werden im Jahr der Anschaffung zur Gänze abgeschrieben.

Das Finanzanlagevermögen wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Ausschüttungsgleiche Erträge bei Investmentfonds wurden aktiviert.

Die Bewertung der Immobilienaktien der Aktionärsstruktur erfolgte mit einem Abschlag von ca. 5% auf den NAV per 30.9.2009 unter Berücksichtigung der Einlagenrückzahlung vom 15.06.2012 (EUR 7,15/Aktie). Dieser Zeitpunkt stellt den niedrigsten Quartalswert des NAV im Zeitraum Dez. 2008 bis Dez. 2012 dar. Der bilanzierte Wert ist auch durch den NAV der Gesellschaft per 30.09.2012 (EUR 9,02/Aktie) gedeckt. Da die Absicht besteht 350.000 Stück der S-Immo Aktie im folgenden Jahr zu verkaufen, wurde dieser Anteil in das Umlaufvermögen umgebucht und mit dem Marktkurs per 31.12.2012 von EUR 4,81/Aktie bewertet.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden nach den gesetzlichen Vorschriften vorgenommen.

2. Umlaufvermögen

Die Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

3. Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Berechnung der geschäftsplanmäßigen Rückstellungen für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten erfolgte nach der PUC-Methode und wurde vom Prüfaktuar bestätigt.

Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen erstellt. Der Berechnung wurden die Rechnungsgrundlagen für die AVÖ 2008-P (Angestellte) mit einem Rechnungszinsfuß von 3% p.a. zugrunde gelegt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden dem Vorsichtsprinzip entsprechend gebildet.

4. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht ermittelt.

III. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Bei der Bewertung wird von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß dem Pensionskassengesetz gegliedert.

Mit der VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG besteht ein Gruppenvertrag im Sinne des KStG. Die Steuerumlage beträgt 25% des zugerechneten positiven Einkommens des Gruppenmitgliedes bzw. 50% der Steuerersparnis, welche durch die Saldierung des allfällig zugerechneten negativen steuerlichen Ergebnis ergibt.

Es wurden keine Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen unter marktüblichen Bedingungen abgeschlossen.

Hinsichtlich der Bilanzierung der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften und deren Besonderheiten verweisen wir auf die Erläuterungen in den Formblättern.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1. Anlagevermögen

Hinsichtlich der Entwicklung der einzelnen Positionen des Anlagevermögens und der Aufgliederung der Jahresabschreibung wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

Es sind keine Derivative Instrumente in der Aktiengesellschaft im Einsatz.

2. Umlaufvermögen

Sämtliche ausgewiesene Forderungen waren innerhalb eines Jahres fällig.

3. Aktive Rechnungsabgrenzung

Ausgewiesen werden Zahlungen vor dem Bilanzstichtag, die die nächste Periode betreffen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden zwei Pensionsverpflichtungen an die Pensionskasse übertragen. Der sich ergebende Unterschiedsbetrag wird über zehn Jahre gleichmäßig verteilt aufgelöst und beträgt zum Stichtag EUR 224.080,00.

4. Aktiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften

Das Pensionskassengesetz sieht vor, dass die Verwaltung von Zusagen mit Mindestertragsgarantie und die Verwaltung von Zusagen ohne Mindestertragsgarantie getrennt geführt werden.

Die VRG-Struktur der VBV-Pensionskasse AG stellt sich deshalb ab 1. 1. 2008 wie folgt dar:

- VRG-Nr. 1xx =
VRG ohne Mindestertragsgarantie
- VRG-Nr. 2xx =
VRG mit Mindestertragsgarantie
- VRG-Nr. 3xx =
konsortiale VRG ohne Mindestertragsgarantie, Führung durch VBV
- VRG-Nr. 4xx =
konsortiale VRG mit Mindestertragsgarantie, Führung durch VBV
- VRG-Nr. 5xx =
konsortiale VRG ohne Mindestertragsgarantie, fremde Führung
- VRG-Nr. 6xx =
konsortiale VRG mit Mindestertragsgarantie, fremde Führung

Die den Veranlagungs- und Risikogemeinschaften zugeordneten Wertpapiere werden gemäß § 23 Pensionskassengesetz monatlich sowie am Bilanzstichtag bewertet.

In den Aktiven Rechnungsabgrenzungen werden ua die Fehlbeträge aus der Umstellung der Rechnungsgrundlagen ausgewiesen. Durch die Neustrukturierung der VRGen war eine Vereinheitlichung der Rechnungsgrundlagen notwendig und es kam in einem Teilbestand zu einer Umstellung der Rechnungsgrundlagen „AVÖ 1999 - P - Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung - Pagler & Pagler“ (in der Ausprägung für Angestellte) auf die Rechnungsgrundlagen „AVÖ 1999 - P (PK) - Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung - Pagler & Pagler“ (in der Ausprägung für Angestellte) mittels eines Fehlbetrages. Die gesetzliche Anpassung auf die Rechnungsgrundlagen „modifizierte AVÖ 2008 - P (PK)“ erfolgte per 31.12.2008.

Hinsichtlich der Neubildung der Fehlbeträge wird auf den Bericht des Prüfactuars verwiesen.

5. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt EUR 30.000.000,00 und ist in 30.000.000 auf Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Der Aktionärskreis zum 31. Dezember 2012 stellt sich wie folgt dar:

	EUR	%
VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG	30.000.000,00	100,00

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft endet mit einem Bilanzgewinn von EUR 455.617,86 (im Vorjahr: Bilanzgewinn EUR 118.631,24).

Entwicklung des Gewinnvortrages:

	2012 EUR	2011 EUR
Stand am 1.1.	118.631,24	196.823,25
Ausschüttung des Geschäftsjahres	0,00	0,00
Stand am 31.12.	118.631,24	196.823,25

Die versteuerte Gewinnrücklage entwickelte sich wie folgt:

	2012 EUR	2011 EUR
Stand am 1.1.	20.500.000,00	19.500.000,00
Zuweisung freie Gewinnrücklage	3.500.000,00	1.000.000,00
Auflösung freie Gewinnrücklage	0,00	0,00
Stand am 31.12.	24.000.000,00	20.500.000,00

In den versteuerten Gewinnrücklagen ist die gesetzliche Rücklage in Höhe von EUR 3.000.000,00, die satzungsmäßige Rücklage mit EUR 4.500.000,00 und die freie Rücklage mit EUR 16.500.000,00 enthalten.

Die Mindestertragsrücklage entwickelte sich wie folgt:

	2012 EUR	2011 EUR
Stand am 1.1.	23.022.666,38	24.893.280,97
Übertragung	0,00	0,00
Dotierung der Rücklage	922.654,64	1.163.635,99
Dotierung der Rücklage aus Auflösung der ME-Rückstellung	15.009,08	0,00
Verwendung der ME-Rückstellung	0,00	-3.034.250,58
Stand am 31.12.	23.960.330,10	23.022.666,38

6. Ergänzungskapital gemäß § 7 Abs. 5 PKG

Das Ergänzungskapital in Höhe von EUR 11.000.000,00 wurde im GJ 2011 in die sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert. Die Voraussetzungen gem. § 7 Abs. 5 PKG wurden aufgrund der Restlaufzeit nicht mehr erfüllt.

7. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Geschäftsplanmäßige Rückstellung für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten	76.236.878,00	70.078.234,00
Rückstellungen für Abfertigungen	1.224.632,00	1.028.452,00
Rückstellungen für Pensionen	370.531,00	333.807,00
Steuerrückstellung	0,00	0,00
sonstige Rückstellungen ¹⁾	5.949.151,00	6.042.868,00
	83.781.192,00	77.483.361,00

¹⁾ In den sonstigen Rückstellungen werden außer den Mindestertragsrückstellungen (416 TEUR) auch Rechts-, Prozess- u. Beratungsrückstellungen (2.409 TEUR) und Dienstleistungen Dritter ausgewiesen.

8. Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist das nachrangige Ergänzungskapital, das seitens der Gesellschaft am 02. Juni 2004 mit EUR 5 Mio. bzw. am 17. Dezember 2004 mit EUR 6 Mio. begeben wurde, enthalten.

Die Verzinsung beträgt 5,58% pa. bzw. 4,90% pa.. Die Laufzeit wurde jeweils mit 10 Jahren festgelegt. Nachdem die Voraussetzungen gem. § 7 Abs. 5 PKG aufgrund der Restlaufzeit nicht erfüllt werden, wird das Ergänzungskapital (von Punkt 6) unter den nachrangigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die restlichen Verbindlichkeiten weisen ausschließlich Restlaufzeiten unter einem Jahr auf und sind nicht dinglich besichert.

9. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von Sachanlagen, die nicht in der Bilanz ausgewiesen sind, betragen für das folgende Geschäftsjahr EUR 614.659,32 für die folgenden fünf Geschäftsjahre EUR 3.073.296,60.

V. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Erträge und Aufwendungen der Pensionskasse

Die gesamten Beiträge und Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen stammen aus Pensionskassenverträgen mit inländischen Vertragspartnern.

Die Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen beinhalten im wesentlichen Verwaltungskosten aus laufender Beitrags-erhebung, aus der Übertragung von Deckungserfordernissen, Aufnahmekosten, Auszahlungskosten und Vermögensverwaltungskosten.

Weiters erfolgt der Ausweis der Beratungs- und Betreuungshonorare in den Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen.

Die Bewertung der Finanzanlagen wird monatlich sowie am Bilanzstichtag durchgeführt.

In den sonstigen Erträgen wird überwiegend die Auflösung der Rückstellungen ausgewiesen.

Darüber hinaus wurde eine Rückstellung für erwartete Unterschreitungen des Mindestertrages in den Folgejahren in Höhe von € 416.000,00 gebildet. Als Berechnungsgrundlage für die Folgejahre wurden die Veranlagungserträge 2012 und fortlaufend die stochastisch erwarteten Renditen anhand des Risikomanagementsystems angesetzt und mit 4% diskontiert.

Angaben gem § 237 Z 14 UGB: Die Aufwendungen für den Abschlussprüfer für das Jahr 2012 betragen für die Prüfung des Jahresabschlusses TEUR 134 und für Beratung TEUR 5.

Die Veränderung der Mindestertragsrückstellung wird im a.o. Ergebnis bzw. in den Rücklagenveränderungen der Mindestertragsrücklage dargestellt.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag enthalten Körperschaftsteuer aus einer Steuerumlage in Höhe von EUR 1.788.211,00.

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 4.774.650,34 (im Vorjahr: Jahresfehlbetrag EUR 948.806,60). Nach Berücksichtigung der Rücklagenveränderungen wird ein Jahresgewinn in Höhe von EUR 336.986,62 (im Vorjahr: Jahresverlust EUR 78.192,01) ausgewiesen.

VI. SONSTIGE ANGABEN

1. Personal

Der Personalstand (Vollzeit) am Bilanzstichtag betrug 59 Mitarbeiter (im Vorjahr: 61).

	31.12.2012	31.12.2011
Vorstandsmitglieder	2	2
Angestellte	58	59
insgesamt	60	61

Eine weitere Mitarbeiterin, die für die Gesellschaft tätig ist, ist Angestellte der Erste Group Bank AG.

Per 31.12.2012 waren 66 Mitarbeiter (davon 1 Mitarbeiter in Karenz, 10 Teilzeitkräfte und 1 Angestellte der Erste Group Bank AG) und 2 Vorstände beschäftigt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Jahr 2012 für ihre Tätigkeit für die Gesellschaft keine Bezüge.

Die Aufwendungen für die BV-Kassenbeiträge und die Abfertigungen nach Anwendung der AVÖ 2008-P (Angestellte) verteilen sich wie folgt:

	VK Beiträge		Dot. Abfertigungsrückstellung	
	2012	2011	2012	2011
Vorstandsmitglieder	3.347,00	4.527,31	16.486,00	20.177,00
leitende Angestellte	0,00	0,00	59.209,00	51.144,00
andere Arbeitnehmer	16.446,19	17.075,14	120.485,00	68.056,00
	19.793,19	21.602,45	196.180,00	139.377,00

Die Aufwendungen für die Altersversorgung verteilen sich wie folgt:

	Pensionszuschusszahlungen ²⁾		Pensionsrückstellung	
	2012	2011	2012	2011
Vorstandsmitglieder ¹⁾	44.096,70	43.563,46	21.838,80	21.838,80
leitende Angestellte ¹⁾	73.926,17	42.138,65	34.181,20	34.181,20
andere Arbeitnehmer u. Zusagen	106.047,40	102.066,53	58.986,94	24.171,92
	224.070,27	187.768,64	115.006,94	80.191,92

¹⁾ In den Aufwendungen für die Pensionsrückstellung ist zusätzlich die 1/10-Auflösung des Unterschiedsbetrages betreffend der Übertragung der Pensionsverpflichtungen in die Pensionskasse enthalten.

²⁾ inkl. Pensionskassenbeiträge

2. Organe der VBV-Pensionskasse AG

Mitglieder des Vorstandes

Karl Timmel	Vorsitzender
Mag. Günther Schiendl	

Mitglieder des Aufsichtsrates

Mag. Markus Posch	Vorsitzender
Dkfm. Hans Raumauf	1. Stellvertreter
Mag. Dr. Karl Heinz Setinek	2. Stellvertreter
Mag. Christian Heidrich	3. Stellvertreter
Michael Angerer	
DI Stefan Dörfler	
Dr. Alexandra Grabner	
Mag. Gebhard Graf	
Christian Haslinger	
Dr. Judit Havasi	
Erika Hegmala	
Wolfgang Heinzl	
DI Thomas Jaklin	
Mag. Andreas Lachs	
Mag. Adolf Lehner	
Dr. Günther Puchtler	
Mag. Frederick Robertson	
Franz Schön	
Mag. Klaus Stöger	
Mag. Wolfgang Traindl	
Mag. Josef Trawöger	
Dr. Josef Weißl	
Peter Weller	

Ersatzmitglieder des Aufsichtsrates

Mag. Johann Ellersdorfer
Dr. Jörg Hofer
Dr. Walter Steinbach
Andreas Strasser
Dr. Gerhard Weber

Prokuristen

Mag. Michaela Attermeyer
Martin Cerny
Rainer Köpplinger (Aktuar gemäß § 20a PKG)
Mag. Rudolf Simader
Barbara Tröstl
Ing. Mag. Martin A. Vörös
Mag. Dagmar Wagner
Mag. Thomas Widermann
Mag. Werner Zarbach

Durch den Bundesminister für Finanzen wurden Herr Sektionschef Dr. Wolfgang Nolz zum Staatskommissär und Herr Amtsdirektor Erwin Gruber zum Staatskommissär-Stellvertreter bestellt.

Herr Michael Weiss war für alle Veranlagungs- und Risikogemeinschaften im Geschäftsjahr 2012 Prüfaktuar gemäß § 21 PKG.

Bei Mitgliedern des Vorstandes haften am 31. Dezember 2012 keine Vorschüsse und Kredite aus.

Bei Mitgliedern des Aufsichtsrates haften am 31. Dezember 2012 keine Vorschüsse und Kredite aus.

Haftungen für Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates bestanden am 31. Dezember 2012 nicht.

Die Gesellschaft gehört zum Konzern der VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG.

Wien, am 6. Mai 2013



Karl Timmel



Mag. Günther Schiendl

ANLAGESPIEGEL

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

DER VBV-PENSIONSKASSE AKTIENGESELLSCHAFT, WIEN

Anlageposition	Anschaffungskosten Herstellungskosten Stand 1.1.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen ins Umlaufvermögen EUR	Anschaffungskosten Herstellungskosten Stand 31.12.2012 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	6.935.413,02	793.054,76	0,00	0,00	7.728.467,78
3. Anzahlungen	22.800,00	0,00	22.800,00	0,00	0,00
	6.958.213,02	793.054,76	22.800,00	0,00	7.728.467,78
II. Sachanlagen					
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.397.607,89	104.268,08	49.078,31	0,00	1.452.797,66
geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	1.376,88	1.376,88	0,00	0,00
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	0,00	22.200,00	0,00	0,00	22.200,00
	1.397.607,89	127.844,96	50.455,19	0,00	1.474.997,66
III. Finanzanlagen					
4. Sonstige Darlehen und Kredite	5.165.332,00	6.500.000,00	0,00	0,00	11.665.332,00
5. Schuldverschreibungen	123.379.968,75	16.214.765,00	13.368.535,00	0,00	126.226.198,75
6. Aktien	5.186.791,35	0,00	67.099,50	-2.852.500,00	2.267.191,85
	133.732.092,10	22.714.765,00	13.435.634,50	-2.852.500,00	140.158.722,60
	142.087.913,01	23.635.664,72	13.508.889,69	-2.852.500,00	149.362.188,04

kumulierte Abschreibungen 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 01.01.2012 EUR	Zuschreibungen des Geschäftsjahres EUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR
5.812.452,78	1.916.015,00	1.711.284,00	0,00	588.323,76
0,00	0,00	22.800,00	0,00	0,00
5.812.452,78	1.916.015,00	1.734.084,00	0,00	588.323,76
1.096.513,56	356.284,10	383.304,10	0,00	131.288,08
0,00	0,00	0,00	0,00	1.376,88
0,00	22.200,00	0,00	0,00	0,00
1.096.513,56	378.484,10	383.304,10	0,00	132.664,96
332,00	11.665.000,00	5.165.000,00	0,00	0,00
111.046,10	126.115.152,65	119.613.920,50	566.657,15	0,00
-27.922,40	2.295.114,25	4.864.713,75	0,00	0,00
83.455,70	140.075.266,90	129.643.634,25	566.657,15	0,00
6.992.422,04	142.369.766,00	131.761.022,35	566.657,15	720.988,72

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft,
Wien,

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2012 bis zum 31. Dezember 2012 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2012, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen, sei es auf Grund beabsichtigter oder unbeabsichtigter Fehler, ist; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht

jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der vom gesetzlichen Vertreter vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen in der Satzung und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2012 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2012 bis zum 31. Dezember 2012 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243 UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243 UGB sind zutreffend.

Wien, am 7. Mai 2013

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

gez.:

ppa Mag. Josef Schima
Wirtschaftsprüfer

Mag. Andreas Thüridl
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat wurde im Geschäftsjahr 2012 regelmäßig durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft informiert. Zwischen dem Vorstand und dem Aufsichtsrat bestand wie schon in der Vergangenheit eine offene und intensive Kommunikation und der Aufsichtsrat wurde zeitnah und umfassend über alle relevanten Aspekte der Geschäftsentwicklung informiert. Im Geschäftsjahr 2012 fanden fünf Aufsichtsratsitzungen statt, in denen der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen hat. Weiters hat der Prüfungsausschuss zweimal getagt und sich dabei mit den ihm durch das Unternehmensrechts-Änderungsgesetz zugewiesenen Aufgaben, insbesondere mit der Vorbereitung der Beschlussfassung über den Jahresabschluss befasst. Im Rahmen seiner gesamten Tätigkeit konnte sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugen.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses über das Geschäftsjahr 2012, des Lageberichtes des Vorstandes sowie der Rechenschaftsberichte der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften wurde durch den mit Beschluss der 21. ordentlichen Hauptversammlung vom 16. Juni 2011 für das Geschäftsjahr 2012 bestellten Abschlussprüfer, die BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, vorgenommen. Die Prüfung des Abschlussprüfers hat nach ihrem abschließenden Ergebnis keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben, sodass der Jahresabschluss mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten und vom Abschlussprüfer geprüften Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2012 und den Lagebericht sowie die Rechenschaftsberichte der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften eingesehen und geprüft.

Als Ergebnis dieser Prüfung und unter Zugrundelegung der Feststellungen im übermittelten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hat sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit und sachlichen Unbedenklichkeit überzeugt und den Jahresabschluss 2012 gebilligt. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 ist damit gemäß § 96 Abs. 4 des Aktiengesetzes festgestellt.

Dem Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Jahresergebnisses schließt sich der Aufsichtsrat an und beantragt eine Beschlussfassung der Hauptversammlung in diesem Sinne.

Überdies hat der Aufsichtsrat in den zur Verfügung gestellten Prüfbericht des Prüfactuars Einsicht genommen und festgestellt, dass nach der versicherungsmathematischen Überprüfung der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften jeweils ein uneingeschränkter Vermerk gemäß § 8 Abs. 5 der Prüfactuar-Prüfberichtverordnung zuerkannt wurde.

Der Aufsichtsrat dankt abschließend dem Vorstand und den Mitarbeitern für ihre Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Wien, im Mai 2013



Mag. Markus Posch
Vorsitzender des Aufsichtsrates



VBV-Pensionskasse AG
Obere Donaustraße 49-53
1020 Wien
Tel.: 01/240 10-0
Fax: 01/240 10-7261
E-Mail: office@vbv.at
www.vbv.at

Firmensitz Wien FN 68567 i
Handelsgericht Wien
DVR 0641685